



## Politik und Wirtschaft

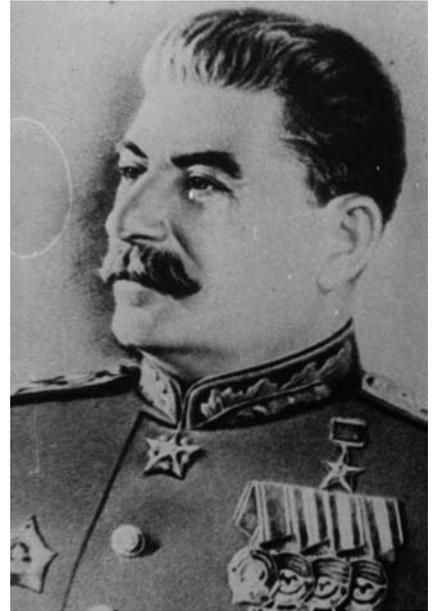
Die Sowjetunion war zeit ihres Bestehens eine Diktatur, ein Unrechtsstaat, in dem alle Macht von der Parteiführung, dem Politbüro, ausging. Revolutionsführer Lenin war nicht bereit, die Macht mit anderen linken Parteien (Sozialrevolutionäre, Menschewiki) zu teilen, und ließ die am 10. November 1917 im ganzen Land gewählte verfassungsgebende Versammlung, in der die Bolschewiki lediglich ein Viertel der Sitze innehatten, im darauf folgenden Jänner auflösen.<sup>1</sup> Andere politische Parteien wurden verboten, eine Pressezensur durchgesetzt und Andersdenkende verhaftet. Bereits am 12. Dezember 1917 ging aus dem Militärkomitee der Bolschewiki eine Geheimpolizei, die so genannte Tscheka (Čeka, auch VČK, später GPU, OGPU, MGB, NKGB, KGB genannt) hervor. Sie agierte damals und später als „Schild und Schwert“ der Partei, wurde vom Politbüro geleitet und soll im Bürgerkrieg mindestens 250 000 Todesurteile gefällt haben.<sup>2</sup>

1921 sah sich Lenin zu einer Kursänderung gezwungen. Der Kriegskommunismus – Ablieferungspflicht für Agrarprodukte und eine unter Militärkommando arbeitende Industrie – stieß auf immer größeren Widerstand. Es kam zu Streiks, zu Bauernaufständen und zum berühmten Kronstädter Aufstand der roten Matrosen, die Neuwahlen zu den Sowjets und Freiheit für alle linken Organisationen forderten. Die Rote Armee und die Tscheka schlugen alle aufständischen Aktionen erbarmungslos nieder, aber Lenin sah ein, dass eine wirtschaftliche Lockerung notwendig war. So wurde die NĚP (Neue Ökonomische Politik) eingeführt: die Pflichtabgaben der Bauern wurden durch eine Naturalsteuer, später durch eine Geldsteuer, ersetzt; Kleinhandel und Kleingewerbe privatisierte man vollkommen, so dass in weiten Bereichen der sowjetischen Wirtschaft kapitalistische Marktbeziehungen wieder Fuß fassten. Für viele Parteimitglieder der kommunistischen Partei (VKP [b]) war die NĚP lediglich ein verhasstes und zeitbedingtes Zugeständnis an den Klassenfeind.<sup>3</sup>

Lenin wollte vom Krankenbett aus seine Nachfolge ordnen, schloss aber alle leitenden Mitstreiter individuell als Alleinerben aus und befürwortete eine kollektive Führung: Trockij [Trotzki], der populärste Bolschewik nach Lenin und Gründer der Roten Armee, war zu arrogant; Bucharin, der Parteitheoretiker, „der Liebling der Partei“, nicht sattelfest genug in ideologischen Fragen, und Stalin, der Sekretär des Zentralkomitees, zu grob und brutal.<sup>4</sup> Lenin starb im Jänner 1924 und fünf Jahre später hatte Stalin die Oberhand gewonnen, nachdem er 1927 die Linke um Trockij und 1929 die Gemäßigten um Bucharin aus ihren Machtpositionen verdrängt hatte. Die politischen Differenzen zwischen seinen Widersachern in der Parteiführung waren zu groß, als dass sie sich auf eine gemeinsame Linie gegen ihn hätten einigen können. Stalin verstand es meisterlich, die eine Gruppe in der Führung gegen die andere – die Konstellationen wechselten je nach Streitfrage – auszuspielen. Dabei kam ihm sein Organisationstalent zugute, da er aufgrund seines anfangs als nicht sehr wichtig erachteten Postens als Generalsekretär Personen seines Vertrauens in leitende Positionen zu befördern vermochte und bis 1927/28 taktisch klug vorging. Einfachen Parteimitgliedern, deren Sprache er auch benutzte, erschien er bescheiden, moderat und volksnahe.

Der Personenkult um Stalin setzte 1929 anlässlich seines 50. Geburtstages am 21. Dezember voll ein. Die Pravda widmete ihm mehrere Seiten und die Huldigungsadressen trafen wochenlang in Re-

daktionsstuben und Parteibüros ein. Nun wurde er als *vožd'*, Führer, und nicht mehr als Mitglied einer kollektiven Führung tituliert. Ihm wurden gleich drei Meriten zugebilligt, die er gar nicht verdient hatte: schon 1929 wurde nicht nur die Wirklichkeit – Propaganda soll die Wirklichkeit inszenieren – entstellt, sondern auch die Vergangenheit. In den Ergebniseadressen hieß es erstens, Stalin sei „kein einziges Mal von Lenin abgewichen“.<sup>5</sup> Dabei hatte er immer wieder Differenzen mit Lenin, vor der Revolution 1917 wegen der Aprilthesen und – am bekanntesten – 1922, als er die Krupskaja, Lenins Frau, beleidigte und in der Nationalitätenfrage Handlungen setzte, die Lenin verurteilte. Zweitens, die Darstellung von Stalin als „hervorragendem Organisator“ des Oktobersieges 1917 – damals spielte er eine untergeordnete Rolle, die wichtigsten Akteure waren Lenin und Trockij. Drittens soll er zum Sieg im Bürgerkrieg wesentlich beigetragen haben, aber das Gegenteil war der Fall. Im polnischen Feldzug 1920 hatte er durch strategische Fehler und Sturheit die Niederlage der Roten Armee bei Warschau mit zu verantworten, gleichfalls gingen militärische Schlappen an der Südfront bei Caricyn, dem heutigen Volgograd (Stalingrad), auf seine Kappe.<sup>6</sup>



Stalin (3)

1927 war das Schlüsseljahr, das den Wendepunkt (*перелом*) einleitete, die zweite Revolution – die forcierte Industrialisierung und die mit Gewalt erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft. Diese Umwälzungen bezeichnet man auch als „die Revolution von oben.“<sup>7</sup> Russland war ein Agrarland mit einer bis 1917 wenig differenzierten Gesellschaftsstruktur: die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Lande, der industrielle Sektor war klein, ebenso die Mittelklasse und die lohnabhängige Arbeiterschaft.

Obwohl schon 1926 die landwirtschaftliche Produktion und die Reallöhne in der Industrie das Niveau von 1913 wieder erreicht hatten, hielt die Absatzkrise an. Die Schere entstand aus der großen Diskrepanz zwischen Agrar- und Industriepreisen: aufgrund der niedrigen Erlöse aus dem Verkauf von Agrarerzeugnissen an den Staat konnten oder wollten die Bauern die künstlich teuer gehaltenen und nicht in genügendem Maße vorhandenen Industriewaren nicht kaufen. Russland war 1926 noch ein Agrarstaat – 120 der 146 Millionen Menschen lebten auf dem Lande und nur 31 Städte hatten mehr als 100 000 Einwohner. Der „Warenhunger“ auf dem Dorf führte dazu, dass die Lebensmittelproduktion für den Markt stagnierte, weil die Bauern angesichts der niedrigen Preise für ihre Produkte lieber für den Eigenverbrauch als für den Staat produzierten, das Getreide an ihr Vieh verfütterten oder große Reserven anlegten. Die Agrarproduktion deckte zwar noch größtenteils den Bedarf der Städte ab, führte aber zu einer Kürzung der Exporte, was wiederum die Industrialisierung behinderte, da wenig Rohstoffe oder Maschinen aus dem Ausland eingekauft werden konnten. Andere Mittel für die Finanzierung der Industrialisierung als das Mehrprodukt aus dem Agrarsektor hatten die Bolschewiki nicht: sie bekamen kaum Kredite im Ausland, weil sie sich weigerten, die Schulden der zaristischen Regierungen zu bezahlen oder das nach 1917 beschlagnahmte Kapital ausländischer Firmen zurückzuerstatten. Generell brachten Exporte aus der UdSSR dem Staat wenig ein, zum einen, weil zu wenig Überschüsse oder fertige Produkte ausgeführt wurden, zum anderen, weil Großbritannien, Russlands wichtigster Handelspartner, die Handelsbeziehungen 1927 abbrach. Daher kreisten alle Erörterungen über den Aufbau einer Großindustrie unweigerlich um die Frage, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Ausmaß die Reserven des Agrarsektors zur Finanzierung einer durchgehenden industriellen Revolution herangezogen werden konnten.

1928 leitete Stalin persönlich die erste groß angelegte Getreiderequisition seit dem Bürgerkrieg. Diese „ural-sibirischen Methoden“, wie seine Gegner die Zwangsabnahme titulierte, kamen einem klaren Bruch mit Lenins Politik gleich, die ein langsames Hineinwachsen in den Sozialismus und die freiwillige Erfassung der Bauernmassen auf genossenschaftlicher Basis vorsah. Die 1929 beginnende und 1934 abgeschlossene Kollektivierung der Landwirtschaft war insofern eine Abkehr von Lenins Grundsätzen, als sie die traditionelle *smýčka*, die Allianz von Arbeitern und Bauern im bolschewistischen Parteikanon, über Bord warf. Ministerpräsident Rykov, Parteitheoretiker Bucharin und Gewerkschaftsführer Tomskij waren die prominentesten Gegner Stalins in der Agrarfrage und wurden 1929 politisch kaltgestellt. Die Enteignung und Vertreibung der Bauern wurden von der Geheimpolizei OGPU, Funktionären der Dorfsowjets und Parteiaktivisten aus den Städten mit aller Brutalität durchgeführt. Die Kampagne war überhastet, nicht durchdacht und wahllos, was die Opfer betraf, denn die Definition, was ein *kulak* (reicher Bauer) eigentlich ist, oblag den vor Ort handelnden Repräsentanten der Sowjetmacht.

In den Jahren 1930/31 wurden 1,7 Millionen Menschen (360 000 Bauernfamilien) nach Sibirien oder in den Hohen Norden deportiert, weitere zwei bis drei Millionen flohen aus Angst vor Repressalien in die Städte und ca. 20 000 wurden von der Geheimpolizei standrechtlich erschossen. Der kollektivierete Rest der Bauernschaft trat bald aus dem *kolchoz* aus, denn er erhielt keinen Lohn, sondern nur Naturalien für seine Arbeitsleistung. Mit der Einführung von Inlandspässen Ende 1932 wollte man die Landflucht eindämmen – 15 Millionen Menschen wanderten oder flohen zwischen 1926 und 1933 vom Dorf in die Großstädte oder in neue Industrieorte. Die Bauern erhielten aber keine Pässe und waren nun wie in der zaristischen Vergangenheit an ihren Heimatort gebundene Sklaven. Die Beschlagnahmen auf dem Land führten zu Hungersnöten, allein in der Ukraine gab es 1932/33 drei bis vier Millionen Hungeropfer. Die grassierende Lebensmittelknappheit versuchte man mit Rationierung abzufangen. Eine andere langfristige Folge war die Steigerung der Kriminalität in den überfüllten Städten. Erst 1938/39 erreichte die landwirtschaftliche Bruttoproduktion wieder den Stand von 1928.<sup>8</sup>

Die Größenordnung der Investitionen für die Industrialisierung – den ersten Fünfjahresplan (1928–1932) – belief sich auf vierzig Prozent des Nationaleinkommens. Die Mittel dafür holte sich der Staat aus der Landwirtschaft, deren Erzeugnisse extrem billig erstanden und an die Bevölkerung teuer verkauft wurden, wobei etwa zwei Drittel des Endpreises aus einer sehr hohen Umsatzsteuer bestanden. Die Ziele des Fünfjahresplanes waren höchstmögliche Wachstumsraten in Schlüsselzweigen der Wirtschaft – Stahlerzeugung, Traktoren- und Autowerke, Ausbau der Transsibirischen Eisenbahn usw. Der Investitionstaumel ließ alle Effektivitätskriterien außer Acht und beruhte auf unrealistischen Produktionsziffern, war somit Ausdruck des Voluntarismus – ein Hauptmerkmal des Stalinismus – der Parteiführung. Industriespezialisten, die Bedenken äußerten, wurden verfolgt. Der erste große Schauprozess seit 1922, die *Šachty*-Affäre, ging 1928 in Moskau über die Bühne. Angeklagt waren Manager der Bergwerke im Donbass, darunter etliche Ingenieure aus Deutschland. Die Anklage der Sabotage („Schädlingstätigkeit“) war frei erfunden und diente – wie bei allen darauf folgenden Gerichtsdramen dieser Art – einerseits als Ventil für den Volkzorn, andererseits zur Abstrafung von Sündenböcken für Havarien, Unfälle und Nichterfüllung des Planziels in der Industrie.<sup>9</sup> Anschließend richtete das Regime sein Feuer auf die „bürgerlichen“ Spezialisten in den Betrieben und traf dabei auf Zustimmung der nun schlechter verdienenden und mit Lebensmittelknappheit kämpfenden Arbeiter.

Die Entwicklung der Reallöhne nach dem Beginn des ersten Fünfjahresplanes war katastrophal: laut Index sanken sie von 100 im Jahre 1928 auf 34 im Jahre 1935. Die Löhne sanken, weil Grundlöhne zugunsten von Stückakkordsätzen abgeschafft wurden und weil die Lebensmittelpreise zwischen 1928 und 1932 in staatlichen Verkaufsstellen um 76 Prozent, auf dem freien Markt gar um 769 Prozent, gestiegen waren.<sup>10</sup> Mit dem Stalinwort „Die Technik meistern“<sup>11</sup> leitete man 1931 technische Grundkurse für junge Arbeiter ein, die sowohl die bürgerlichen als auch die ausländischen Facharbeiter ersetzen sollten. 1934/35 trat eine Atempause ein – die Ziele des zweiten Fünfjahresplanes (1933–1937)

waren realistischer, die Rationierung von Lebensmitteln wurde weitgehend aufgehoben und die Stachanov-Bewegung brachte 1935/36 kurzfristig höhere Löhne in der Großindustrie. Der Bergarbeiter Aleksej Stachanov diente als leuchtendes Beispiel für Produktivitätserhöhungen, aber die Bewegung, die kurzfristig Lohnerhöhungen brachte, solange die Normen konstant blieben, war schließlich kontraproduktiv, weil sie den normalen Arbeitsablauf störte – optimale Arbeitsbedingungen für alle konnten die Betriebe nicht gewährleisten.<sup>12</sup> Die Stachanov-Periode lief unter der Losung Stalins „Die Kader entscheiden alles!“, was ja einen demokratischen Unterton suggerierte.<sup>13</sup> Man könnte aber einwenden, der Spruch bedeutete, die Kader seien für alles im Betrieb verantwortlich, auch strafrechtlich verantwortlich, und nicht die Parteiführung oder die Planungsbehörden und Ministerien in Moskau.

Mitte der dreißiger Jahre schienen die ärgsten wirtschaftlichen Probleme vorbei zu sein, und nichts deutete auf eine massive Terrorwelle hin. Die Grundlagen für einen totalitären Staat waren indes bereits mit der Installierung des bolschewistischen Parteimodells gelegt worden. Nach der Zerschlagung aller oppositionellen Tendenzen ging das Stalin-Regime ab 1935 dazu über, den „objektiven Gegner“ anzuvisieren, darunter im Lande lebende Menschen ausländischen Ursprungs, die in einer gewissen historischen Konstellation von den sowjetischen Machthabern zu „Feinden“ erklärt wurden.<sup>14</sup>

## Österreicher in der UdSSR: Struktur der Emigration

### Wirtschaftliche Emigration

Von 1919 bis Ende Jänner 1938 suchten 80 000 österreichische Staatsbürger eine neue Existenz im Ausland.<sup>15</sup> Nach den Ländern des amerikanischen Kontinents (USA, Brasilien, Argentinien, Kanada) rangierte die UdSSR an fünfter Stelle der Zielländer.<sup>16</sup> Die Emigration aus Österreich in die UdSSR teilt gemeinsame Merkmale mit Auswanderungsbewegungen aus anderen europäischen Ländern, weist aber auch Besonderheiten auf.<sup>17</sup> Laut offiziellen österreichischen Statistiken betrug die Anzahl der in die UdSSR ausgewanderten Wirtschaftsemigranten (einschließlich Familienangehöriger) im Zeitraum 1919 bis 1937 3169 Personen.<sup>18</sup>

Der tatsächliche Umfang dieser Auswanderungsbewegung ist etwas höher, da manche österreichische Erwerbslose nicht registriert wurden, weil sie – lediglich mit einem Touristenvisum versehen – nach Osten aufbrachen. Die ersten Arbeitsemigranten aus Österreich in der Sowjetunion waren ehemalige k.u.k. Soldaten, die im Ersten Weltkrieg in Russland Kriegsgefangene gewesen waren und repatriert wurden. Da sie in der Heimat keine wirtschaftliche Perspektive für sich sahen, kehrten einige Hundert aus dieser Gruppe in den zwanziger Jahren nach Russland zurück. 1926 fuhr auf Vermittlung der Wiener Arbeiterkammer eine Gruppe von 36 Metallarbeitern zu Arbeitsstellen in einer Moskauer Autofabrik bzw. im neuen Traktorenwerk in Char'kov.<sup>19</sup> Im selben Jahr reisten die von der Bundesregierung unterstützten Mitglieder der Uhlfeld-Kolonie in die UdSSR, aber das Experiment scheiterte, und die meisten Kolonisten kehrten bald wieder heim.<sup>20</sup> Frühe Anträge auf Einwanderung in die Sowjetunion nahm der Moskauer Rat für Arbeit und Verteidigung (*STO*) entgegen.<sup>21</sup> Nur ausgesuchte und direkt angeworbene Spezialisten hatten Aussicht auf Erfolg – Mitte der zwanziger Jahre war schätzungsweise eine Million der 8,5 Millionen Arbeiter und Angestellten in der UdSSR arbeitslos.<sup>22</sup> Zuverlässige sowjetische Statistiken über ausländische Facharbeiter und Ingenieure sind nicht vorhanden.<sup>23</sup> Spezialisten aus Österreich rangierten jedoch an dritter Stelle (18 bis 20 Prozent) hinter Deutschen und Nordamerikanern in einer Auflistung der Ausländer, die in allen dem Volkskommissariat für Schwerindustrie direkt unterstellten Betrieben Anfang 1933 arbeiteten – 6550 Facharbeiter und 4121 Ingenieure.<sup>24</sup> Bis 1935 hatte aber die Gesamtzahl dieser Ausländer wegen der Heranbildung sowjetischer Industriefachkräfte bereits stark abgenommen – 4066 Facharbeiter und 744 Ingenieure hielten sich noch im Lande auf.<sup>25</sup>

Bezüglich ihrer Anwerbung wichen die Österreicher von ihren nordamerikanischen oder deutschen Kollegen insofern ab, als Letztere häufig als Montage- oder Wartungspersonal im Auftrag einer Firma nach Sowjetrußland fuhren. Im Gegensatz dazu hatten die Österreicher persönliche Verträge mit einer sowjetischen Fabrik schon vor der Abreise abgeschlossen. Damals waren österreichische Exporte in die UdSSR unbedeutend, einerseits, weil die klein strukturierte Wirtschaft der Alpenrepublik auf Mitteleuropa orientiert war, andererseits, weil sie eine langfristige Kapitalbindung vermied und nach 1927 keine Exportgarantien für die Sowjetunion gewährt wurden. Deutschland hingegen lieferte 1932 46,5 Prozent aller Sowjetimporte insgesamt und sogar 60 Prozent des sowjetischen Maschinenimports.<sup>26</sup>

Das ab 1920 bestehende Wanderungsamt im Bundeskanzleramt in Wien übte eine Beratungsfunktion für Ausreisewillige im Wege der Passausstellung aus. Damals wurden Passanträge in der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft oder in Dienststellen der Bundespolizei bearbeitet. Durch den Parteienverkehr in Wien bzw. schriftliche Mitteilung an die Passwerber informierte das Wanderungsamt über die Arbeitsmöglichkeiten, soziale Zustände und klimatische Bedingungen im jeweiligen Zielland. In den Jahren 1919-1925 und nach 1935/36 legte die österreichische Staatspolizei jedoch ein Veto gegen Auswanderung in die UdSSR ein. Diese Einschränkung war aber kaum von Bedeutung, weil eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über das Recht auf freie Auswanderung (23.12.1925) sie aufhob. Die während der Dollfuß-Schuschnigg-Ära wieder praktizierte Abweisung von Passanträgen mit dem

angegebenen Zielland „Russland“ fällt für unsere Belange nicht ins Gewicht, weil die Anwerbung von österreichischen Fachkräften durch sowjetische Stellen 1933 weitgehend eingestellt worden war. Nach 1933 wanderten lediglich eine Handvoll Betriebsexperten und die Angehörigen von Schutzbundemigranten mit einem regulären österreichischen Reisepass in die Sowjetunion aus.

Der Höhepunkt der Ausreisewelle nach Sowjetrußland fand während der Weltwirtschaftskrise statt: 1262 (1931) und 896 (1932) Emigranten, davon insgesamt 696 Familienangehörige.<sup>27</sup> Von den in den Jahren 1919 bis 1938 registrierten Fällen von 3169 in die UdSSR Ausgewanderten (Familienmitglieder inbegriffen) reisten in den Jahren 1926 bis 1929 433, 108, 67 und 27 Personen von Wien Richtung Rußland ab.<sup>28</sup> Begonnen hatte die Einreise ausländischer Spezialisten in die UdSSR bereits im Herbst 1928, in der Anfangsphase des ersten Fünfjahresplans. Der 16. Parteitag der VKP (b) im Jahre 1930 beschloss die Anwerbung von 40 000 ausländischen Facharbeitern und Ingenieuren. Im Juli 1929 wurde das Wanderungsamt durch die Berliner Handelsvertretung der UdSSR erstmals vom sowjetischen Bedarf an Ingenieuren informiert. Ein Jahr später begann in Österreich die Anwerbung von Ingenieuren, Technikern, Werkmeistern und qualifizierten Arbeitern.<sup>29</sup> Nach der Einrichtung einer bei der Handelsvertretung der UdSSR in Österreich ansässigen Werbeagentur für Fachkräfte (*Spechjuro*) in der Wiener Innenstadt stieg die Zahl der Wirtschaftsemigranten im letzten Quartal 1930 auf 60, 1931 auf 1262, fiel aber 1932 auf 896 und 1933 auf 114 zurück.<sup>30</sup> Abgesehen von den Reisedokumenten (Pass, bezahlte Fahrkarten, Visum) musste der Werber im *Spechjuro* ein ärztliches Attest sowie ein Sittenzeugnis vorlegen.<sup>31</sup> Lange Zeit leitete ein führendes Mitglied der KPÖ, der ungarische Politasylant Andor Löwinger, das Büro. Ingenieur Hönig beurteilte die Qualifikation von Ingenieuren und Technikern und Franz Kammerer, Mitglied des ZK der KPÖ bis 1933, überprüfte, ob die Berufserfahrungen der Facharbeiter dem Bedarf des sowjetischen Betriebes entsprachen. Hilde Koplenig, Ehefrau des Vorsitzenden der KPÖ, besorgte die anfallende Büroarbeit und informierte die Ausreisewilligen über die sowjetischen Einreisemodalitäten.<sup>32</sup>

Die ersten Facharbeitergruppen des Jahres 1930 setzten sich aus KPÖ-Mitgliedern zusammen, Bau- und Metallarbeitern, die im April und November (2) abreisten.<sup>33</sup> Der Andrang von kommunistischen Parteigängern war damals so groß, dass Vorsitzender Koplenig die Ortsgruppen anwies, nur Langzeitarbeitslose („Ausgesteuerte“) zu empfehlen.<sup>34</sup> Die meisten österreichischen Wirtschaftsemigranten erhielten einen Fahrtkostenzuschuss vom zuständigen Arbeitsamt bis zur polnisch-sowjetischen Grenze bei Stolpce. Die Kosten für die Strecke Stolpce – Negoreloe (russischer Grenzbahnhof) musste der Einwanderer selbst bestreiten, für die Fahrtkosten von Negoreloe bis zum Bestimmungsort in der UdSSR kam der russische Betrieb auf.<sup>35</sup> Die Fahrtkosten der Familienangehörigen musste der Arbeitsmigrant selbst tragen.



Johann Koplenig (3)

Diese Facharbeiter stammten großteils aus den damals daniederliegenden Industriestandorten in Wien, Niederösterreich, dem Raum Steyr und der Obersteiermark. Sie fuhren häufig in Gruppen, beispielsweise Arbeitslose aus dem Leobener Raum zur Arbeit ins Magnesit-Werk in Satka (Ural), Bergarbeiter aus Fohnsdorf oder Grünbach am Schneeberg zum Kohlenrust *Kuzbassugol'* in Prokop'evsk (Westsibirien), Wiener und Steyrer Metallarbeiter nach Penza (Fahrradfabrik) oder zu Flugzeugfabriken in Moskau und Rybinsk, Büchsenmacher nach Tula oder Stalingrad, Bauarbeiter nach Leningrad usw. Größere Kontingente von österreichischen Arbeitsemigranten fanden Stellen in den großen Traktorenwerken von Celjabinisk, Char'kov und Stalingrad.

Vermutlich die größten Ansammlungen von österreichischen Facharbeitern (genaue Statistiken liegen nicht vor) waren in landwirtschaftlichen Maschinenfabriken beschäftigt, vor allem bei der Herstellung von Mähdreschern im Werk *Zavod kombajnov* in Saratov oder bei *Rostsel'maš* in Rostov-na-Donu.

Die Auswanderer aus Österreich schlossen mehrheitlich Arbeitsverträge von ein- bis zweijähriger Dauer zu einem ungünstigen Zeitpunkt ab, als nämlich die anfangs verlockend klingenden Bedingungen rückgängig gemacht worden waren. Als große Nachteile erwies sich die Umwandlung der Entlohnung von einem fixen Gehalt in Stücklohnsätze, was der Manipulation von Leistung Tür und Tor öffnete. Noch gravierender war die Streichung der Teilzahlung in Valuten (Beschluss des ZK der VKP [b] vom 16. Mai 1931).<sup>36</sup> Die für die Unterstützung der Familie in der Heimat beabsichtigte monatliche Summe in Dollar oder Reichsmark fiel damit weg; weil der Rubel nicht konvertierbar war, verloren die österreichischen Familien zu Hause die größte finanzielle Stütze. Viele Facharbeiter kehrten damals schon aus diesem Grund in die Heimat zurück, einige aber vorzeitig wegen der hohen Lebenshaltungskosten, niedriger bzw. ausstehender Löhne oder aufgrund von klimatischen Bedingungen und Erkrankungen. Andere mussten heimfahren, weil der Arbeitsvertrag und die damit verbundene Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert wurden. In vielen Fällen, wo die Familie mitgefahren war, reichte der Lohn des Mannes (monatlich 200 bis 250 Rubel) angesichts der 1932 stark steigenden Preise für Lebensmittel, Unterkunft und das Kantinenessen häufig nicht aus, bei anderen war die Angst vor schwerer Krankheit der Hauptgrund für die Rückkehr. Allgemein feststellbar war die Schwierigkeit, sich kulturell anzupassen. Nach seiner Rückkehr 1933 gab der aus Weiz stammende Leopold Rödl, der ein halbes Jahr als Lichtbogenschweißer in einem Betrieb im sibirischen Kemerovo gearbeitet hatte, im Grazer Arbeitsamt Folgendes zu Protokoll:

Es gab im November 1932 eine Preissteigerung von 200 %. Erwähnen möchte ich noch, dass für mich als Kulturmenschen ein längeres Bleiben in diesem Ort kaum möglich gewesen wäre, da die sanitären und hygienischen Einrichtungen des Trusts jeder Beschreibung spotten. Die Kälte im Freien betrug zirka minus 45° Celsius, an zwei Tagen sogar minus 61°. Die Fenster der Fabrik [...] waren zerschlagen und nur notdürftig mit Holz verschalt.<sup>37</sup>

Gegenseitige Ressentiments zwischen Ausländern und Einheimischen waren in den Betrieben recht häufig, auch wenn dieses Phänomen nicht quantifizierbar ist.<sup>38</sup> Die meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Facharbeiter brachten ein starkes Gerechtigkeits- und Gewerkschaftsbewusstsein mit, das zu Konflikten mit dem an Akkord- und Stücklohnsätzen orientierten Management führte. Andererseits musste der ideologisch fundierte Arbeitseifer der Ausländer (Teilnahme am „sozialistischen Aufbau“) negative Reaktionen bei den meist schlechter entlohnten russischen Arbeitskollegen hervorrufen, weil dadurch die Arbeitsnorm für alle „verdorben“ wurde. Schließlich sorgten kulturelle Differenzen, bessere Kleidung, Privilegien und Lebensgewohnheiten für zusätzlichen Konfliktstoff.

Die Unzufriedenheit unter ausländischen Fachkräften wurde schon recht früh von sowjetischer Seite feindselig ausgelegt. Schon 1931 bezeichnete Dmitrij Manuil'skij, Stalins Mann im Exekutivkomitee der Komintern (EKKI), in einer Sitzung des KI-Apparates die Enklaven ausländischer Kommunisten in der UdSSR als „Brutstätten der Provokation“.<sup>39</sup> Viele betrachtete er als „fahnenflüchtig“, weil sie in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit in der Heimat in die Sowjetunion emigriert waren und somit die Partei im Stich gelassen hätten. Den Verdacht der Sowjetbürokratie erregte auch die Tatsache, dass viele der einst begeisterten Facharbeiter, großteils KPD-Mitglieder, auch nach Hitlers Machtantritt der UdSSR den Rücken kehrten und somit erneut „Fahnenflucht“ begingen. Uninteressant für die dem Freund-Feind-Schema verhafteten Sowjetfunktionäre waren die Gründe der Rückwanderung: niedrige Löhne, katastrophale Wohnbedingungen, stockende Lebensmittelversorgung oder die Streichung von Lohnzahlungen in Fremdwährungen.<sup>40</sup>

Es gab auch ständig Differenzen in Wien zwischen dem Wanderungsamt und dem *Spečbjuro*: die österreichischen Beamten waren der Ansicht, dass die Werbestelle die Zustände in der Sowjetunion beschönige. Deshalb setzte das Wanderungsamt durch, dass die Arbeitsämter alle aus der Sowjetunion zurückgekehrten Arbeitskräfte interviewten und die Antworten auf standardisierten Fragebögen festhielten.<sup>41</sup> Ab 1935 wurde eine Meldepflicht für Russlandrückkehrer eingeführt und die Bundespolizei protokollierte die Erlebnisse der Vernommenen.<sup>42</sup> Von der österreichischen Gesandtschaft in Moskau über die Verhältnisse in der UdSSR (Hungersnot 1932/33, Versorgungsengpässe, fallende Löhne und steigende Lebensmittelpreise) bestens informiert, riet das Wanderungsamt ab 1932 zunehmend davon ab, einen Arbeitsvertrag in der UdSSR anzunehmen. Besonders aussagekräftig waren Berichte von Diplomaten im Zusammenhang mit der Gewährung von Fahrtkostenvorschüssen an mittellose Österreicher. Dabei handelte es sich um Fachkräfte, deren Arbeitsverträge zu Ende gegangen waren und die über Geld für die Heimreise nicht verfügten, oder um aus der Haft Entlassene. In Österreich empfahl das Wanderungsamt immer häufiger die Ablehnung von Reisekostenzuschüssen für die Übersiedlung in bestimmte Gebiete der Sowjetunion („unhaltbare Lebensumstände“), was die KPÖ zu Polemiken veranlasste.<sup>43</sup> Als scharfmacherischer Verbündeter des Wanderungsamts agierte Gesandter Heinrich Pacher, Österreichs Vertreter in der UdSSR. Als die Anwerbung von ausländischen Fachkräften ausgelaufen war und die Sowjetbehörden sich 1934 anschickten, die verbliebenen Betriebsarbeiter aus dem Ausland durch „Massenarbeit“ politisch zu mobilisieren, plädierte Pacher für Einschränkungen hinsichtlich der Wiedereinreise aus diesem Personenkreis. Sein Vorschlag wurde im Innenministerium jedoch als eine „zu weitgehende Maßnahme“ abgewiesen.<sup>44</sup> 1935 errechnete das Wanderungsamt, dass nur etwa zehn Prozent der in den Jahren 1930-1933 nach Russland vermittelten Kräfte nicht nach Hause zurückgekehrt waren.<sup>45</sup> Genaue Zahlen sind nicht verfügbar, weil die Heimkehr, im Gegensatz zur Ausreise, nur lückenhaft registriert wurde. Eine unbekannte Zahl von österreichischen Fachkräften wurde ab 1933 aus der UdSSR ausgewiesen, weil ihr Betrieb in ein Rüstungsunternehmen, in dem Ausländer nicht arbeiten durften, umgewandelt worden war. 1937 erfolgte eine zweite Ausweisungswelle, die viele österreichische Facharbeiter vor der Verhaftung rettete.<sup>46</sup>

## Politische Emigration

Auch unter den politischen Emigranten, die von der Legitimationskommission der sowjetischen Roten Hilfe (*MOPR*) anerkannt wurden, bildeten die Österreicher eine bedeutende Gruppe: 832 Personen in den Jahren 1925 bis 1940.<sup>47</sup> Diese angesichts der Bevölkerung Österreichs relativ hohe Zahl betrug ungefähr ein Zehntel aller von der *MOPR* bewilligten Fälle. Auffallend ist, dass die überwiegende Mehrheit der Österreicher eher spät (1933-1935) einreiste und aus zwei ungleich großen Gruppierungen bestand: den nach dem KPÖ-Verbot (Mai 1933) aus „Kaderschutzgründen“ abgezogenen kommunistischen Funktionären sowie den besiegten Schutzbündlern. Zusammen stellten sie ca. ein Viertel aller positiv beschiedenen Asylansuchen in den Jahren 1933 bis 1935 (2733).<sup>48</sup> Die Anträge der Österreicher wurden meist *en bloc* abgehandelt und üblicherweise positiv erledigt. Diese Erfahrung markierte einen Gegensatz zur zunehmend restriktiven Einreisepolitik der Sowjets in Bezug auf politisch Verfolgte. Im zwischenbehördlichen Briefverkehr wurde die Ablehnungstendenz finanziell begründet und ließ schon im Zeitraum 1931 bis 1933 die Ablehnungsrate (Politemigrantenstatus) auf 51,6 Prozent ansteigen.<sup>49</sup> In der Regel verlangte die *MOPR* ab Dezember 1934, dass neue Flüchtlinge um die sowjetische Staatsbürgerschaft ansuchen mussten, und verbot ihnen gleichzeitig, sich in Moskau, grenznahen Gebieten und Hafentstädten dauerhaft aufzuhalten. Funktionäre der *MOPR* in Moskau schlugen 1936 vor, im „Haus der Politemigranten“ und in Hotels einen Spitzeldienst einzurichten, der über die Stimmung unter den Emigranten und deren Benehmen berichten sollte. Es wurde auch vorgeschlagen, die Einreise der nachkommenden Verwandten in die UdSSR zu verhindern.<sup>50</sup>

Österreichische Flüchtlinge genossen Mitte der dreißiger Jahre in der UdSSR vermutlich deshalb eine privilegierte Position, weil sie als einstige sozialdemokratische Kämpfer gegen den Faschismus in die neue Linie der Kommunistischen Internationale hineinpassten: im Unterschied zu ihren deutschen Genossen hatten sie mit der Waffe in der Hand gekämpft. Sie verkörperten den kämpferischen, antifaschistischen Geist der sich anbahnenden Verbrüderung von Kommunisten und Sozialisten, die unter dem Stichwort Volksfront propagiert wurde. Die österreichischen Politemigranten unterschieden sich von anderen Opfern des Faschismus, die Zuflucht bei den Sowjets fanden, auch dadurch, dass sie in der Regel in Gruppen zusammenblieben. Sie wohnten in Hauskollektiven verschiedener Größen und wurden auf eine relativ kleine Zahl von Betrieben aufgeteilt. Eine Untergruppe der österreichischen Politemigranten bildeten die 120 so genannten Schutzbundkinder. Sie stammten großteils aus Familien, aus denen ein Elternteil, meist der Vater, nach den Februarkämpfen 1934 im Gefängnis saß. Zwischen 1935 und 1941 konnten mindestens 27 Kinder, meistens auf Urgieren der Eltern und trotz vielfacher Hindernisse, die Heimreise antreten. Die Mehrheit fuhr erst nach dem Krieg nach Österreich zurück, einige blieben freiwillig in der UdSSR und andere gingen in Strafanstalten oder Arbeitslagern der UdSSR zugrunde.<sup>51</sup>

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die russischen Machthaber den österreichischen Asylanten nur bedingt vertrauten. Bei der ersten Diskussion über die Einreise der Schutzbündler<sup>52</sup> im Politbüro am 10. März 1934 entschied man, allen Schutzbündlern die Einreise zu genehmigen, „sofern sie nicht der Spionage verdächtig sind“.<sup>53</sup> 17 Tage später bewilligte das Politbüro die Einreise von 300 Schutzbündlern über Prag und Polen und Ende April von weiteren 100.<sup>54</sup> Tatsächlich umfasste der erste Transport Ende April 1934 326 Personen, der zweite Anfang Juni weitere 230. Nach dem Beschluss der Parteiführung vom 25. Mai, der den österreichischen Februarkämpfern Privilegien in Bezug auf Arbeit, Wohnraum, Lebensmittelzuteilung und Betreuung sicherte,<sup>55</sup> trat Ernüchterung ein. Eine Ursache war die Heimkehr zweier Schutzbundfunktionäre (unter Einschaltung der österreichischen Gesandtschaft), deren Ausreise das Politbüro am 29. Juni 1934 bewilligte.<sup>56</sup> Einen Monat später ergab eine Umfrage (опрос) unter Mitgliedern des Politbüros, dass ein dritter Schutzbundtransport abzulehnen sei. Der Botschaft der UdSSR in Prag wurde allerdings das Recht eingeräumt, zusammen mit Vertretern der KPČ bzw. der KPÖ, die Einreiseanträge weiterer Schutzbündler individuell zu entscheiden.<sup>57</sup> Auf diese Weise durften noch neunzig Schutzbundemigranten aus der Tschechoslowakei zwischen September und Dezember 1934 in die Sowjetunion einreisen. Die letzten kleineren Gruppen durften 1935 einreisen. Die letzte Entscheidung des Politbüros in dieser Sache fiel Ende August 1935: Schutzbündler



Genrich Jagoda (3)

seien an der Ausreise nicht zu hindern, aber die Genossen Nikolaj Ežov und Artur Artuzov müssten die materielle Lage und die politische Betreuung in den Schutzbündlerklaven (Moskau, Leningrad, Gor'kij, Char'kov, Rostov-na-Donu) überprüfen.<sup>58</sup> Offensichtlich erregte die wachsende Heimkehrerbewegung (1934-1941: 220 Heimkehrer; 1934/35: 41 Heimkehrer) bereits im August 1935 Argwohn, wenn nicht Verdacht auf Spionage. Ežov war Sekretär im ZK und gerade dabei, gemeinsam mit Stalin die Details der Anklage für den ersten Schauprozess (August 1936) auszuarbeiten. Im September 1936 ersetzte er Jagoda als Kommissar für Inneres (NKVD). Artuzov hingegen war ein langjähriger Geheimdienstmann und leitete die Auslandsabteilung des NKVD, als er die Überprüfung der Schutzbündler übertragen bekam.

Auch ein interner Erlass der Geheimpolizei vom August 1935 begründete die Notwendigkeit der stärkeren Observanz deutschsprachiger Politemigranten:

Überall ist die Arbeit der Agenturbeobachtung [i. e. Spitzelwesen] von deutschen und österreichischen Polit-Emigranten zu aktivisieren [sic!], eingedenk der Tatsache, dass die Polit-Emigration von der „Gestapo“ aktiv als Kanal für das Eindringen in unser Gebiet benutzt wird und eingedenk des Umstandes, dass im Zusammenhang mit der abnehmenden Zahl deutscher Spezialisten auf unserem Gebiet die Organe des deutschen Nachrichtendienstes der Werbung und Ausnutzung von Polit-Emigranten zum Zwecke der Späharbeit noch größere Aufmerksamkeit beimessen werden [...] Die Aufklärungsarbeit, Beobachtung und Liquidierung der Spionage-Agenturen des Gegners, insbesondere der Agenturen der „Gestapo“, die als Schutzbündler oder unter denselben arbeiten, ist zu verstärken.<sup>59</sup>

Der propagandistische Wert der österreichischen Politemigranten währte bis etwa Mitte 1936. Nach dem ersten großen Schauprozess gegen einstige Bolschewikenführer im August 1936, der politische „Abweichler“ mit Gestapo-Agenten gleichsetzte, schlug Ausländern, besonders deutschsprachigen, eine Welle von Argwohn und Misstrauen entgegen. Als Schaltstelle zwischen der Kominternbürokratie und der sowjetischen Geheimpolizei fungierte die 1932 gegründete Kaderabteilung, die bis 1935 zur größten Untergliederung in der KI-Zentrale anwuchs. Eine besondere Gruppe in der Kaderabteilung befasste sich mit „Fällen der Spionage und der Provokation“.<sup>60</sup> Während der Überprüfung (проверка) der Emigranten durch die Kaderabteilung warf der Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern, Dmitrij Manuil'skij, bei einer Tagung im Komintern-Haus im Jänner 1936 der *MOPR* „verbrecherische Nachlässigkeit“ vor, da durch ihre Strukturen „verdächtige Elemente“ und „Agenten des Klassenfeindes“ in die sowjetische Partei eingedrungen seien.<sup>61</sup> In einer aus 13 Punkten bestehenden Resolution, die Ende Februar 1936 vom Politbüro verabschiedet wurde, kündigte man die Auflösung der Legitimationskommission der *MOPR* an, da sich diese bei der Gewährung von Aufenthaltsgenehmigungen an Ausländer das Recht eines Sowjetorgans angemaßt habe. Diese Funktion durfte künftig nur vom NKVD ausgeübt werden.<sup>62</sup>

Die inquisitorische Tätigkeit gegenüber Ausländern wurde intensiviert, nachdem Manuil'skij im März 1936 in einem Brief an Ežov Maßnahmen gegen das „Einsickern von Spionen und Diversanten auf das Gebiet der UdSSR“ verlangt und die Erfassung und Überprüfung aller ausländischen Kommunisten auf sowjetischem Gebiet angekündigt hatte.<sup>63</sup> Weiters gab es mehrmalige Säuberungen des Personals des EKKI und seiner Unterorganisationen.<sup>64</sup> Die Kriterien für die sowjetische Begutachtung der ausländischen Politemigranten („Kadercharakteristiken“) waren großteils jene, die in der parallel dazu laufenden Säuberung in der sowjetischen Partei Anwendung fanden: reale oder unterstellte Abweichungen von der „Generallinie“, wie weit sie auch zurückliegen mochten, konnten mit dem Parteiausschluss geahndet werden. Anders als in der Vergangenheit wurde nun privaten Verfehlungen ein politischer und feindlicher Anstrich verpasst. Häufig erfolgte die Verhaftung ausgeschlossener Mitglieder, aber sie war nicht zwangsläufig. Parteimitglieder, die festgenommen wurden, schloss man nachträglich aus der Partei aus. Da die Mehrheit der österreichischen Politemigranten kurz vorher in die KPÖ eingetreten war oder parteilos blieb, wurde nicht selten ihre politische Vergangenheit in Österreich (z. B. Teilnahme an den Februarkämpfen 1934; Verhalten 1934 in der Polizeihaft) unter die Lupe genommen. So bildete Jahre zurückliegendes „Fehlverhalten“ im Ausland die Basis für eine Strafverfolgung durch die sowjetische Geheimpolizei, eine im internationalen Maßstab einzigartige Rechtsauffassung.

Die innerhalb der Komintern 1937 gebildete Säuberungskommission (Moskvin-Kommission, genannt nach dem EKKI-Kaderverantwortlichen M. A. Moskvin [Trilisser]) setzte Unterkommissionen ein, die in Zusammenarbeit mit den Länderreferenten aus der Kaderabteilung des EKKI (Österreich: Richard Uccusic [Urban], Hans Täubl [Robert Keller]) und den Parteigruppen vor Ort Berichte sammelten und auswerteten. Ein Drittel der 900 überprüften Polen stand „unter Verdacht“, ebenfalls 139

der noch nicht verhafteten KPD-Kader.<sup>65</sup> Was die Österreicher anbelangte, steht das Endresultat der *proverka* nicht zur Verfügung; sehr viele Einzelempfehlungen belegen immerhin, dass die meisten Schutzbündler für nicht vertrauenswürdig befunden und zur Ausweisung vorgeschlagen wurden. Dazu kam es aber nicht, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Schutzbündler in Österreich eine „Februar-Anklage“ zu gewärtigen hatten. Diese 1936 ins Auge gefasste, mit der KPÖ akkordierte Auflösung der Schutzbundemigration sollte die Kaderreserve in der Heimat verstärken. Die ungeklärte Frage der nachträglichen Verfolgung in Österreich hinderte jedoch die Umsetzung der langsamen Auflösung der Schutzbundemigration. In den darauf folgenden Jahren des Großen Terrors, als alle Ausländer als spionageverdächtig galten, hätte der NKVD die gruppenweise Ausreise nicht erlaubt, zumal sich auch die Initiatoren der Aktion unter den Verhafteten befanden.<sup>66</sup>



Richard Uccusio, 1935 in Prag (3)

### Ehemalige k.u.k. Armeeingehörige

Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen oder politischen Emigranten, die in Österreich anlässlich ihrer Auswanderung (Passausstellung; Fahrtkostenzuschuss) oder politischen Tätigkeit für die KPÖ polizeilich oder sonst amtlich registriert wurden, sind biografische Daten über einstige „deutsch-österreichische“ Militärangehörige, die nach der Gefangennahme 1914-1917 in Russland blieben, schwer zu ermitteln. Da es sich im Osten um einen Bewegungskrieg und nicht wie im Westen um einen Stellungskrieg handelte, wurden große Heeresverbände eingekesselt und zerschlagen, und zwar auf beiden Seiten. Der Umfang der Problematik lässt sich an der Zahl der in russische Kriegsgefangenschaft geratenen k.u.k. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten erahnen: zwischen 1,6 und 2,1 Millionen.<sup>67</sup> Schon im September 1914 verloren die k.u.k. Streitkräfte 100 000 Soldaten durch Gefangennahme auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatz, weitere 70 000 in der Frühphase der Offensive am Balkan. Im März 1915 fiel die Festung Przemyśl, 120 000 k.u.k. Militärangehörige ergaben sich. Im Zuge der Brusilov-Offensive der zaristischen Armee im Juni 1916 verließen 200 000 bis 250 000 k.u.k. Soldaten als Gefangene das Schlachtfeld.<sup>68</sup> Der Anteil der „Deutsch-Österreicher“ in der Habsburger-Armee betrug etwa ein Viertel des Gesamtstandes. Nimmt man diese Ratio auch für Gefangenzahlen, ergibt sich eine Zahl von 200 000 bis 500 000 Österreichern (im Sinne unseres Projekts), die sich der zaristischen Armee ergaben. Davon sind schätzungsweise 40 Prozent in Russland verschollen oder in Kriegsgefangenenlagern ums Leben gekommen.<sup>69</sup>

War die Registrierung bei der Gefangennahme durch die Russen mangelhaft,<sup>70</sup> so war sie es auch in Wien hinsichtlich der Heimkehr. Die Rückkehr nach Österreich war großteils „wild“, ging auf Schleichwegen durch die nicht mehr existierende Front vor sich. Andere kehrten „durch militärische Gewalt [...], als Truppen der Mittelmächte im Frühjahr 1918 in die Ukraine einmarschiert waren“, heim. Bis Mitte Oktober 1918 sollen nach Armeangaben knapp 670 000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene aus Russland zurückgekehrt sein, der „deutsch-österreichische“ Anteil daran ist aber unbekannt.<sup>71</sup> Der Ausbruch des russischen Bürgerkriegs verhinderte den regulären Austausch von Gefangenen. Einige Zehntausend österreichisch-ungarische Kriegsgefangene schlugen sich auf die Seite der Bolschewiken und kämpften als so genannte Internationalisten in den Reihen der Roten Armee. Ein Hauptstützpunkt der linken Ex-Soldaten des Habsburgerreiches war Tomsk, andere nahmen u. a. an der Eroberung der Stadt Jaroslavl' im Juli 1918 teil.<sup>72</sup> Interessanterweise ließen sich nicht wenige Österreicher, die später verhaftet wurden, in diesen Gebieten nieder. Die Erfassung von Einzelpersonen

aus diesem wohl – potentiell – größten Opfersegment aus Österreich kann jedoch keineswegs als systematisch bezeichnet werden: über die Größe des Gefangenenkontingents liegen keine verlässlichen Statistiken vor, ebenso wenig über die Zahl der in Russland verbliebenen einstigen k.u.k. Waffenrockträger. Überdies liegen in Österreich vergleichsweise wenige Daten über sie vor – für unsere Zwecke lediglich Verzeichnisse jener Österreicher, die Ende der zwanziger Jahre vom Gesandtschaftspersonal wegen Passverlängerung erfasst wurden<sup>73</sup> bzw. jene, welche die sowjetische Staatsbürgerschaft annahmen und ihre österreichischen Pässe zurücklegten.<sup>74</sup> Der Druck auf österreichische Passinhaber, die Staatsbürgerschaft zu wechseln, nahm während der dreißiger Jahre stark zu, insbesondere 1936/37. Anträge auf einen sowjetischen Pass wurden Österreichern immer wieder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen unterschoben (vgl. die Fälle Franz Baumberger und Othmar Payer). Außerdem gab es Versuche, Österreicher zu Sowjetbürgern zu erklären, wenn ihre österreichischen Pässe nicht rechtzeitig verlängert worden waren: die unterbrochene Gültigkeitsdauer des österreichischen Reisedokuments machte die Betroffenen zu Sowjetbürgern. Grundlage dafür war der Artikel 3 des Gesetzes über die Sowjetstaatsbürgerschaft vom 13. Juni 1930.<sup>75</sup> Nach mehrmaligen Protesten der Gesandtschaft lenkten die Sowjetbehörden insofern ein, als sie 1933 verfügten, dass Österreicher im Wege einer Eingabe an das Exekutivkomitee der UdSSR gegen den Zwangserwerb eines sowjetischen Passes berufen konnten.<sup>76</sup>

Anhand solcher Personendaten wurden im Laufe unseres Projekts die vom russischen Opferverband Memorial ([www.memo.ru](http://www.memo.ru), [lists.memo.ru](http://lists.memo.ru)) ins Internet gestellten Kurzbiografien von Verurteilten nach Österreichern durchsucht. Ergab sich ein Treffer, wurden die Haftdaten nach Möglichkeit durch Angaben aus dem Österreichischen Staatsarchiv (Kriegsarchiv) ergänzt.

## Stalinistischer Terror der dreißiger Jahre

### 1932-1936: Krisen und Konsolidierung

Für die Massenverfolgung vermeintlicher Feinde der UdSSR in den dreißiger Jahren gab es keinen Masterplan, sondern verschiedene Kampagnen der Geheimpolizei im Auftrag des Politbüros.<sup>77</sup> Ereignisse der Zeitspanne 1932-1936 zeigten keinen linearen Weg in den alle Einwohner erfassenden Terror, der im Spätsommer 1937 losbrach. Einige Entwicklungen hinsichtlich einer Verschärfung sind jedoch auszumachen, auch wenn sie von „liberalen“ Signalen konterkariert zu werden scheinen. 1932 war der Höhepunkt der Krise für die bolschewistische Elite: Probleme bei der Verwirklichung der Industrialisierungspläne und eine Hungersnot in weiten Teilen des Landes. Es verwundert daher nicht, dass in jenem Jahr ernstzunehmende (d. h. reale und nicht erdichtete) Oppositionsgruppen innerhalb der VKP (b) auf den Plan traten. Die wichtigste Widerstandsgruppe unterstützte M. N. Rjutin, einen ehemaligen Sekretär der Moskauer Parteiorganisation, der gegen die Brutalität der Kollektivierung opponierte, auch nach seinem Ausschluss aus der VKP (b) 1930. Das fast 200-seitige Programm der „Rjutin-Plattform“ geißelte Stalins Politik bzw. seine theoretischen Ergüsse und sparte nicht mit höhnischen Bemerkungen. Beispielsweise wurde Stalins „Theorie“, wonach der Klassenkampf sich immer mehr verschärfe, je näher der Sozialismus heranrücke, als „anti-leninistisch“ bzw. als ein Aufruf zum Bürgerkrieg gegen die eigene Bevölkerung dargestellt. Zu Jahresende war die Gruppe in Haft. Rjutin und seine wichtigsten Verbündeten wurden zuerst zu Gefängnisstrafen verurteilt, 1937 an ihren Haftorten jedoch erschossen.

Auch Trockij, der die überhastete Umwandlung der Landwirtschaft sowie die voluntaristische Art der Industrialisierungspolitik verurteilte, plädierte 1932 für ein gemeinsames Vorgehen aller „Rechten“ und „Linken“ gegen Stalins Kurs und konnte die mit ihm sympathisierenden Gruppen innerhalb der Sowjetunion in diesem Sinne instruieren. Auch diese Opposition wurde bald von der Geheimpolizei zerschlagen. Das gleiche Schicksal ereilte 1932 eine kleine Gruppe von hohen Partei- und Staatsfunktionären um N. B. Ejsmont, einen Volkskommissar der Regierung der RSFSR, die allerdings über einen Gedankenaustausch über die Absetzung Stalins nie hinauskam. Über politische Oppositionsströmungen sprachen die politischen Führer in Moskau untereinander nicht anders als in den Parteidokumenten. Sie übertrieben nicht in zynischer Weise die Bedeutung antistalinistischer Strömungen, sondern nahmen als ehemalige Verschwörer jede „Verschwörung“ bitterernst. Und weil ihre Herrschaft letztendlich auf Gewalt basierte, zielte ihrem Selbstverständnis nach jede oppositionelle Regung auf physische Liquidierung eines oder mehrerer Parteiführer ab. Stalins Entourage glaubte, eine „korrekte Lösung“ ließe sich für jedes Problem finden, und dass die „Generallinie“ die richtige Antwort auf die Rückständigkeit Russlands, auf den Klassenkampf und auf die Probleme des Kapitalismus sei. Führende Bolschewiken waren dem rationalistischen Glauben des 19. Jahrhunderts verhaftet, und weil sie Marx' Etappen historischer Entwicklungen vereinfachten, glaubten sie, auf dem richtigen Weg der „Geschichte“ unterwegs zu sein. Diese Gedankenwelt hatte keinen Platz für etwaige „Fehlerdiskussionen“.

Das Gesetz vom 7. August 1932 über den Diebstahl vom Staatseigentum (im Volksmund Закон о трех [пяти] колосках – „Dreihährengesetz“ oder „Fünfhährengesetz“ genannt) sah Strafen von zehn Jahren Haft bis zur Erschießung für das Entwenden auch kleinster Mengen an Lebensmitteln oder Getreide vor. Es traf in erster Linie die hungernde Landbevölkerung und ließ die Verhaftungsstatistik 1932 (410 433) und 1933 (505 256) nach dem vorläufigen Höhepunkt während der „Entkulakisierung“ (1930: 331 544; 1931: 470 065) noch einmal steil ansteigen.<sup>78</sup> Später endeten die meisten Anklagen nach diesem Gesetz in Bewährungsstrafen; im Zuge einer Überprüfung der „Ährendiebe“ 1936 reduzierte man die Lager- bzw. Verbannungsstrafen und 40 000 Verurteilte profitierten von einer Amnestie. Das waren „gemischte Signale“ – zuerst eine Strafverschärfung, nach einer gewissen Zeit doch eine Entspannung.

Stalin und seine Mitstreiter verstanden es meisterlich, das Volk mit beruhigenden Bonmots in Sicherheit zu wiegen, die im Zusammenhang mit gewissen Liberalisierungstendenzen nach 1934 (z. B. Abschaffung der Lebensmittelrationierung) geäußert wurden. Erinnert sei hier an Stalins berühmten Ausspruch vom 17. November 1935: „Es lebt sich besser, Genossen, es lebt sich fröhlicher, und wenn es sich froh lebt, dann geht die Arbeit gut vonstatten.“<sup>79</sup> Feststellbar war außerdem, dass Stalins Feindbilder in gewissem Widerspruch zur Theorie vom bereits verwirklichten sozialistischen Staat standen, dass nämlich gesellschaftliche Widersprüche der Vergangenheit angehörten. Auf dem 17. Parteitag der VKP (b) 1934 prägte Stalin den Satz: „Die Liquidierung der parasitären Klassen hat zum Verschwinden der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geführt.“<sup>80</sup> Zwei Jahre später hob er auf dem Sowjetkongress mit Blick auf die neue Verfassung hervor, dass es in der UdSSR keine antagonistischen Klassen mehr gebe und dass die Gesellschaft aus zwei befreundeten Klassen, aus Arbeitern und Bauern, bestehe.<sup>81</sup> Er griff außerdem auf das Homogenitätsargument zurück, um seine Zuhörer davon zu überzeugen, dass sie vom Wahlrecht für „Weißgardisten, Kulaken und Popen“ nichts zu befürchten hätten. Stalins besänftigende Worte waren zweideutig, da sie Elemente gängiger Feindbildkonstruktionen beinhalteten: „Wer sich vor Wölfen fürchtet, der gehe nicht in den Wald.“<sup>82</sup>

Wesentlicher für ein Verständnis von Stalins Obsession, überall Feinde und Verräter auszumachen, waren Stellen in seiner Rede auf dem Januar-Plenum des ZK der VKP (b) 1933, wonach die wachsende Stärke der sozialistischen Gemeinschaft zunehmenden Widerstand seitens der „absterbenden Klassen“ hervorrufen würde. Diese Feinde könnten, zusammen mit längst verbotenen politischen Gruppierungen und aus der Partei ausgeschlossenen Splittergruppen, „zu Vorstößen in anderen, schärferen Formen übergehen“. Man müsse dies, so Stalin weiter, „im Auge behalten, wenn wir mit diesen Elementen schnell und ohne besondere Opfer Schluss machen wollen“.<sup>83</sup> Fragmente dieser Äußerungen über die „Feindesallianz“ finden sich in dem verbreiteten Text von Stalins Rede vor Absolventen der Akademien der Roten Armee, abgehalten im Kremlpalast am 4. Mai 1935, wieder. Er kriminalisierte die Gegner des überhöhten Industrialisierungstempos: „Sie drohten uns mit der Entfachung eines Aufstandes in der Partei gegen das Zentralkomitee. Mehr noch: sie bedrohten manchen von uns mit Kugeln.“<sup>84</sup>

Abgesehen von publizistischen Äußerungen der Kremlführung deuteten institutionelle Änderungen, vor allem im Strafrecht, auf eine generelle Liberalisierung hin. Im Mai 1933 kündigte ein Dekret von Stalin und Molotov das Ende der Massenverfolgung auf dem Lande an, Strafentlassungen, mehr Rechte für die Staatsanwälte (ihnen oblag die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Verhaftungen durch die Geheimpolizei) und Einschränkungen bei der Dauer der Untersuchungshaft. Im Juli folgte die Etablierung einer Staatsanwaltschaft für die ganze UdSSR. Die Aufsichtspflicht der neuen Behörden hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit von Polizeiarbeit wurde damit erneut unterstrichen. Neben dieser Regulierung fand auch eine Zentralisierung von Polizeibefugnissen mit der Schaffung eines Allunions-Innenministeriums (NKVD) im Juli 1934 statt. Künftig war die Geheimpolizei (früher OGPU) in drei Hauptverwaltungen unterteilt: Staatssicherheit (GB), Grenztruppen und Gulag-Personal. Die Hauptadministration der Staatssicherheit (GUGB) und ihre lokalen Ableger (UGB) bekämpften politische Verbrechen. Für unsere Belange waren die wichtigsten Untergruppen wie folgt:

Zweite: Fahndung und Verhaftung

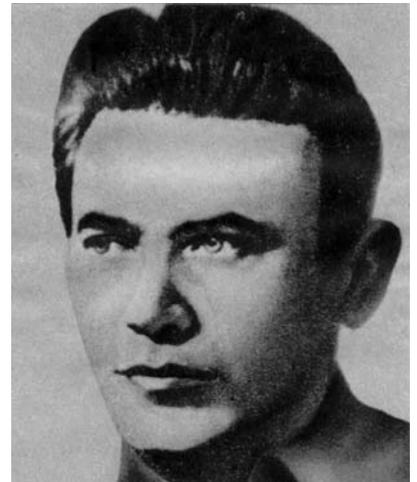
Dritte: Spionageabwehr

Vierte: Bekämpfung von antisowjetischen Elementen; Führung von Spitzeln und Informanten<sup>85</sup>

Im Gegensatz zum Anschein wachsender Rechtmäßigkeit stand die Wiederbelebung der „Sonderberatung“ (особое совещание – OSO) im November 1934 aufgrund einer Initiative von Stalin und Ežov. Die beschlussfähigen Mitglieder des OSO waren ausschließlich Mitarbeiter von Polizei und Geheimdienst; Richter oder Staatsanwälte mit Anwesenheitspflicht waren nur Beiwerk, durften

aber Berufung einlegen. Diese neue außergerichtliche Instanz konnte „sozial gefährliche“ Personen auf maximal fünf Jahre im Gulag einsperren oder verbannen. Wer als „sozial gefährlich“ zu gelten hat, entschied die Polizei. Den Gesetzestext publizierte man aber erst im März 1935, als nach dem Kirov-Mord eine Reihe von Strafverschärfungen in Kraft trat.<sup>86</sup> 1934 ist im Nachhinein dennoch als eine Art „Taufjahr“ auch deswegen in Erinnerung, weil die Verhaftungen gegenüber dem Vorjahr um 60 Prozent, Verurteilungen sogar um zwei Drittel zurückgingen. Das Jahr endete jedoch mit dem Mord am Leningrader Parteisekretär S. M. Kirov, der schon damals als eine Unheil bringende Meucheltat eingestuft wurde. Zahlreiche Untersuchungen in der Chruščëv-Ära und während der Regierungszeit El'cins [Jelzins] haben die eindeutige Mitwirkung Stalins an einem Mordkomplott gegen den möglichen Rivalen nicht bewiesen.<sup>87</sup> Dieser Befund ist nicht überraschend, wurden doch Beteiligte und Zeugen für immer zum Schweigen gebracht. Stalin arbeitete sofort eine Direktive aus, ließ sie von A. S. Enukidze, dem Sekretär des Präsidiums des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR, gegenzeichnen und gab sie im Namen des Politbüros heraus. Die Direktive befahl einen baldigen Abschluss aller Terrorismus-Verfahren, schloss bei Verurteilung in solchen Fällen Gnadengesuche aus und wies den NKVD an, gegen „Terroristen“ verhängte Todesstrafen sofort zu exekutieren. Erst am 3. Dezember erteilte das Politbüro seine Zustimmung.<sup>88</sup> Landesweit wurden Hunderte so genannte „weißgardistische“ Geiseln erschossen. Stalin gab den früheren Anhängern Zinov'evs die Schuld an dem Mord an Kirov. Bei fünf verschiedenen Geheimprozessen in Leningrad wurden 17 Personen zum Tode, 76 zu Gefängnisstrafen verurteilt und über 1000 mutmaßliche Zinov'ev-Anhänger aus der Stadt verbannt.<sup>89</sup> Ein geheimer Brief des ZK an die Unterorganisationen der VKP (b) vom 18. Jänner 1935 meldete die komplette Zerschlagung der Zinov'ev-Opposition, forderte Wachsamkeit ein und wiederholte Stalins Lieblingssatz vom verschärften Kampf der Gegner in einer Periode des triumphierenden Sozialismus. Diesmal wurde der NKVD scharf kritisiert, ein weiteres Zeichen des Unmuts über Polizeichef Genrich Jagoda, der die Untersuchung des Kirov-Mordes an Stalin/Ežov hatte abtreten müssen. Jagoda verlor weiter an Terrain, als ein Komplott unter den Bediensteten des Kremls fabriziert wurde, das im Juli 1935 zu der Verurteilung von 110 Personen (zwei Todesurteile, 28 Gefängnisstrafen und 80 Lagereinweisungen) führte.<sup>90</sup> Der Prozess beendete durch den Ausschluss aus dem ZK die politische Karriere von Avel' Enukidse – ein Zeichen, dass auch die höchsten Amtsträger der Parteidisziplin unterlagen.

Der kommende Mann an Stalins Seite, der Jagoda später ersetzen sollte, war Nikolaj Ežov.<sup>91</sup> Anfang der dreißiger Jahre war er Personalreferent im ZK, auf dem 17. Parteitag 1934 leitete er die Mandatsüberprüfungskommission und wurde ins ZK gewählt. Er wurde auch Mitglied des Orgbüros des ZK und stellvertretender Leiter der Kontrollkommission (Schiedsgericht) der Partei. Nach Kirovs Tod übernahm er dessen Posten als ZK-Sekretär. Ežov agierte zunehmend als Strohmann Stalins, fungierte als Hauptreferent bei ZK-Plena und sendete wie sein Meister gemischte Signale aus. Eine neue Direktive vom 17. Juni 1935 verbot Verhaftungen („ausnahmslos“) ohne die Bewilligung des lokalen Staatsanwaltes. Die Order war gegen die Allmachtsansprüche regionaler Parteisekretäre gerichtet, die oft – anlassbedingt – Massenverhaftungen in verschiedenen Wirtschaftssektoren angeordnet hatten. Drei Monate später räumte Ežov vor regionalen Parteisekretären denselben dieses Recht wieder ein. Er spielte bei der Auswertung der Ergebnisse der Verifizierung von Parteiausweisen (*proverka*) 1935 eine führende Rolle. Die Durchkämmung des Mitgliederstandes vor der Herausgabe neuer Parteiausweise war eine Folge der zwei Jahre zuvor durchgeführten Parteisäuberung (*чистка*). Diese war eine der periodischen



Nikolaj Ežov (3)

Bestandaufnahmen und verfolgte vornehmlich den Zweck, „passive“ oder „klassenfremde“ Elemente auszusondern. 18 Prozent schloss man 1933 aus, in der Mehrheit aus dem Bestand der 1,4 Millionen Neubeitritte (seit 1931).<sup>92</sup> Die *proverka* von 1935 war daher ein doppelter Sicherheitscheck. Bis Jahresende war ca. ein Zehntel der Mitglieder ausgeschlossen und von diesen wieder ein Zehntel in Haft.

Bald regte sich Unmut im ZK über die Handhabung der Mitgliederüberprüfung. Allzu strenge Kriterien für den weiteren Besitz eines Parteiausweises hatten beispielsweise in Moskau dazu geführt, dass in einzelnen Orts- oder Betriebsorganisationen die Zahl der Ausgeschlossenen den aktuellen Mitgliederstand überwog. Offensichtlich fürchtete die Parteiführung das Unruhepotential verbitterter ehemaliger Parteigenossen. Zahlreiche Berichte des NKVD bestätigten dieses Fazit, übrigens auch eine Proteststimmung im Zusammenhang mit hohen Preisen und dem privilegierten Status einzelner, hoch bezahlter Stachanowisten. In erster Linie wurde die Kritik an der Durchführungspraxis der *proverka* an die regionalen Parteimagnaten gerichtet. Insbesondere in der Ukraine beriefen viele gegen willkürliche Parteiausschlüsse und in vielen Parteiversammlungen wurde „Kritik von unten“ geübt. In diesem Szenario geriet P. P. Postyšev, der dortige Parteichef, in Argumentationsnotstand – seine Frau war eine hohe Parteifunktionärin und Leiterin des ideologischen Apparats der ukrainischen KP. Diese Entwicklung verstärkte Stalins Argwohn gegenüber regionalen Satrapen und ihren Seilschaften: wie alle Diktatoren brauchte auch Stalin die Bürokratie, aber er traute ihr nicht; in dem riesigen Land wusste er nie genau, was Untergebene trieben und warum Anweisungen aus dem Zentrum nicht oder nicht hinreichend befolgt wurden. Stalin, der sich damals gern in der Rolle eines Ivan des Schrecklichen sah und diesen 1937 für den Schulgebrauch auch historisch rehabilitierte, identifizierte sich insbesondere mit Ivans Kampf gegen die Bojaren.<sup>93</sup> Der Kampf gegen seine übermächtigen „Bojaren“ in den Provinzen wurde 1937 eine der Triebfedern des Großen Terrors.

Trotz dieser Spannungen fiel 1935 die Zahl der politischen Verhaftungen (193 083) auf das Niveau der späten zwanziger Jahre zurück. Die Statistik zeigte nichtsdestoweniger einen alarmierenden Trend. Es gab ein Drittel mehr Verurteilungen als Festnahmen, ein Hinweis, dass für viele der 1934 in Haft Befindlichen die Anklage nach dem Attentat auf Kirov auf Verbrechen gegen den Staat umgeändert worden war. Gegenüber dem Vorjahr stieg 1935 der Anteil der Verurteilungen nach „konterrevolutionären Verbrechen“ um zehn Prozent, jene nach „antisowjetischer Agitation“ um mehr als das Doppelte. Bis zur Mitte 1936 war jedoch die Bemühung erkennbar, die Vollmachten des NKVD einzuschränken und die Staatsanwaltschaft unter Andrej Vyšinskij, beispielsweise hinsichtlich der Freilassung Unschuldiger, als letzte Instanz anzuerkennen. Andererseits hatten sich Stalin und Ežov erneut den „Schuldigen“ am Kirov-Mord zugewandt, den bereits zu zehn bzw. fünf Jahren Kerker verurteilten Zinov'ev und Kamenev. Im Frühling 1936 stellte Ežov ein Elaborat fertig, demzufolge beide ehemaligen Parteiführer auf Geheiß Trockij die Ermordung von Kirov, Stalin und anderen Mitgliedern des Politbüros geplant hätten. Dieser Inszenierung, die als Basis für den ersten Schauprozess im August 1936 gegen einstige Weggefährten Lenins dienen sollte, wollte NKVD-Kommissar Jagoda keinen Glauben schenken. Von Stalin unter Druck gesetzt, ordnete er die Verhaftung aller bekannten „Trotzkisten“ an. Ende April waren mehr als 500 in Haft. Einen Monat später befahl das Politbüro, die in Verbannung lebenden „Trotzkisten“ auf drei bis fünf Jahren in weit entlegene Straflager zu verschicken. Für jene, die des Terrorismus verdächtigt wurden, gab es ein zweites Verfahren und die Todesstrafe. Schließlich wurden Ende Juli 1936 die Parteiorganisationen in einem geheimen Brief mit dem „zinov'evistisch-trotzkistischen“ Komplott vertraut gemacht. Darin fehlte die Forderung nach „Wachsamkeit“ nicht, aber da niemand die Bezeichnung „Trotzkist“ definiert hatte, konnten alle Parteimitglieder, auch die höchsten, damit belangt werden.

Die Bestellung Ežovs zum neuen NKVD-Kommissar am 25. September 1936 wurde nicht in einer Sitzung des Politbüros beschlossen, sondern von Stalin und Ždanov aus ihrem Urlaubsort Soči angeordnet und erst am 11. Oktober vom Politbüro formell bestätigt.<sup>94</sup> Die Beförderung Ežovs, der seit

Monaten als Fürsprecher Stalins beim Umbau des Führungskorps des NKVD agiert hatte, begründete Stalin mit der Feststellung, Jagoda sei „vier Jahre hinten nach“ gewesen, d. h. er hätte den Rjutin-Block und die „Verschwörung“ Trockij-Zinov'ev nicht rechtzeitig aufgedeckt. Die Ernennung des neuen Hausherrn in der Lubjanka ging mit einer Verhaftungswelle gegen Wirtschaftsfunktionäre einher. Prominentestes Opfer war Georgij Pjatakow, ehemaliger Anhänger Trockijs und Stellvertreter von Grigorij Ordžonikidze, des Kommissars für die Schwerindustrie. Insgesamt wurde 1936 ein Drittel weniger verhaftet als im Vorjahr, aber die Verurteilungen übertrafen erneut die Festnahmen, diesmal um das Zweifache, während Verhaftungen nach politischen Kriterien zu jenen von „gewöhnlichen“ Verbrechern im Zahlenverhältnis drei zu eins standen. Eine steigende Tendenz in der Verfolgung politisch Verdächtiger war somit unübersehbar, aber die Zahl der Hinrichtungen (1118) blieb vorerst sehr niedrig.

Die für die UdSSR ungünstige internationale Lage ab etwa 1936 beschleunigte die allgemeine Tendenz weg von der Betonung der Klassenzugehörigkeit hin zur Nation. Schon vorher war die nationale Autonomie der Teilrepubliken – die so genannte *korenizacija* (Verwurzelung) – abgeschafft worden, vor allem in der Ukraine, bei den karelischen Finnen und bei den Wolgadeutschen. Das heißt, dass lange vor dem Großen Terror 1937/38 diese Gebiete von „bürgerlichen Nationalisten“ gesäubert wurden, wobei die Geheimpolizei sich wieder auf frei erfundene Komplote stützte. Ein Aspekt der Besinnung auf alles Russische war die Förderung des Sowjetpatriotismus, die Duldung von „großrussischem Chauvinismus“, den Lenin angeprangert hatte, nicht zuletzt 1922 in seinen Auseinandersetzungen mit Stalin. Auch die Zahl sozial gefährdeter junger Menschen stieg infolge des Kriegs gegen die Bauernschaft Anfang der dreißiger Jahre stark an. 1935/36 hielt der NKVD sie und andere sozial marginalisierte Menschen (Arbeitslose, fahrende Händler, Bettler, „Zigeuner“, Invalide, Obdachlose usw.) für objektiv „konterrevolutionär“.<sup>95</sup> Nach einer Aufsehen erregenden, von 16-Jährigen begangenen Serie von schweren Verbrechen 1935 in Moskau (Raubüberfälle, Mord) verfügte das Politbüro aufgrund einer Initiative von Verteidigungsminister Vorošilov, dass künftig Kinder über zwölf Jahren wie Erwachsene zu bestrafen seien – also ein Gulag- oder Todesurteil statt der Einweisung in eine Kolonie für straffällige Jugendliche.<sup>96</sup>

Die Mentalität der *bolševiki* brauchte viele Feindbilder. Diese waren eher attributive Zuschreibungen als klar definierte Zielgruppen. Man kann zwischen langlebigen und situationsbedingten Feindbildern unterscheiden. Erstere bezogen sich auf die „üblichen Verdächtigen“, also Klerus, Gläubige, reiche Bauern und ehemalige Diener, Repräsentanten oder Anhänger des Zarismus. Der zweite Typus von Feindbild wurde in einer gewissen historischen Situation propagiert – „Trotzkisten“ (eigentlich alle Parteioppositionellen) in den dreißiger Jahren, 1937/38 „Spione“ (Ausländer und alle Sowjetbürger mit Beziehungen zum Ausland oder Mitglieder westlicher Volksminderheiten wie Deutsche, Polen und Finnen), oder „Schädlinge“ (вредители), die für Unzulänglichkeiten in der Industrie während des ersten und zweiten Fünfjahresplanes verantwortlich gemacht wurden. Die Geheimpolizei NKVD hatte auch ihren eigenen Feindkatalog: die Bezeichnung „ehemalige Leute“ (бывшие люди) umschrieb Personen, die eines Nahverhältnisses zur untergegangenen Welt des Zarismus bezichtigt wurden und vom Wahlrecht zwischen 1926 und 1936 ausgeschlossen waren; ein „schädliches Element“ (вредный элемент) beschrieb ursprünglich Wiederholungstäter aus der kriminellen Unterwelt und später alle sozial marginalisierten Menschen; „fremdes Element“ (чуждый элемент) bezog sich ebenfalls auf Menschen, die in das homogenisierte Gesellschaftsmodell (Arbeiter, Bauern und Intelligenz) nicht hineinpassten, weil ihre soziale Herkunft verdächtig war. Schließlich gab es das „sozial gefährliche Element“ (социально опасный элемент, СОЭ), eine Bezeichnung, die eine Gulagstrafe rechtfertigen sollte in Fällen, in denen es keine richtigen Beweise gegen jemanden gab, der oft vor langer Zeit irgendwie opponiert hatte oder sonst unangenehm aufgefallen war. Ab der Jahresmitte 1937 lief eine Verhaftungswelle beispiellosen Ausmaßes gegen all diese „Feinde“ an.

## Der Große Terror 1937/38

In den Jahren 1937/38 wurden 1,57 Millionen Menschen in der UdSSR verhaftet und 1,34 Millionen verurteilt, 85 Prozent davon für politische „Verbrechen“. Genau die Hälfte der Urteile lautete auf Tod durch Erschießen. Diese horrenden Ziffern aus bloß zwei Jahren der kommunistischen Herrschaft waren auch für sowjetische Verhältnisse einmalig hoch: ein Drittel aller Urteile und über vier Fünftel aller Exekutionen in der Epoche 1921 bis 1953. Gegenüber 1935 und 1936 stieg die Anzahl der Haftfälle um das Fünffache und jene der Verurteilten um das 2,5-fache an. Besonders eklatant war die Zunahme der Hinrichtungen – von 2347 auf 681 692. Außerdem verdoppelte sich die Gesamtzahl der Häftlinge (in Arbeitslagern, Arbeitskolonien und Gefängnissen) von einer auf zwei Millionen.<sup>97</sup> Die überwiegende Mehrheit aller politischen Urteile wurde von außergerichtlichen Instanzen gefällt, die in Abwesenheit des Angeklagten tagten. Mitgliedern der Elite (der Partei, des Staats- und Wirtschaftsapparates, der Armee und der Geheimpolizei) wurde in den Schnellverfahren vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts (MKOG) die Möglichkeit einer Stellungnahme eingeräumt. Zwischen dem 1. Oktober 1936 und dem 30. September 1938 verhängte das in 60 Städten tagende MKOG 30 514 Erschießungsurteile, über 80 Prozent aller von dieser Instanz verhängten Strafen. Die 1937 ins Leben gerufene „Kommission für politische (rechtliche) Angelegenheiten“ des Politbüros legte die vom MKOG zu verhängenden Strafen im Vorhinein fest – „Kategorie 1“ hieß Tod durch Erschießen, „Kategorie 2“ zehn bis fünfundzwanzig Jahre in einem Straflager.<sup>98</sup> Unterzeichner der von Ežov vorgelegten Todeslisten war 1937/38 die herrschende Fünfergruppe von Stalin, Molotov, Kaganovič, Vorošilov und Ždanov.<sup>99</sup>

Wer waren die Leidtragenden, was waren die Ursachen für diese ungeheuren (und wohl unvollständigen) Opferzahlen? Der renommierte ukrainische Historiker Oleg Chlevnjuk ordnet die Opfer des Terrors in den Jahren 1937/38 drei ungleich großen Gruppen zu:

- 1) Führungskräfte der Partei sowie des Staats- und Wirtschaftsapparates („Revolution der Kader“)
- 2) die „Fünfte Kolonne“ (Ausländer und nichtrussische Ethnien)
- 3) einfache Bürger<sup>100</sup>

Zunächst einmal eine Darstellung der möglichen Beweggründe für dieses in der Geschichte beispiellose Massakrieren eigener Staatsbürger.

Erstens, die außenpolitische Lage – gemäß der Besatzungsmentalität der Herrschenden im Kreml eigentlich ein Vorkriegszustand – dürfte Stalin zu operativen Repressionsmaßnahmen gegen eine „Fünfte Kolonne“ in seinem Herrschaftsbereich veranlasst haben. Das war übrigens die Rechtfertigung seitens Molotovs, als er im hohen Alter dazu befragt wurde.<sup>101</sup> Eine gnadenlose Verschärfung kann man bei der Verfolgungspraxis gegenüber westlichen Volksminoritäten konstatieren. 1929/30 kam es zum „Vertrauensbruch“ zwischen den Machhabern und den Sowjetbürgern deutscher oder polnischer Nationalität, die sich als prosperierende Bauern ihrer Zwangsenteignung widersetzen und kollektiv um Ausreiselerlaubnis ansuchten, um in ihre historischen Heimatländer zurückzukehren.<sup>102</sup> Damals wurden sie seitens des Regimes und russisch bzw. ukrainisch sprechender Nachbarn pauschal als Kulaken bezeichnet. Die erfolglosen Ausreisewilligen galten fortan als unsichere Kantonisten oder gar direkt als Verbündete feindlicher Staaten. Das Misstrauen beispielsweise gegen „Volksdeutsche“ wuchs in dem Ausmaß an, wie Not leidende deutsche Bauern 1929/30, vor allem aber 1932/33 während der Hungersnot von der Berliner Regierung und deutschen karitativen Organisationen unterstützt wurden. Nach Hitlers Machantritt geriet die deutschsprachige Bevölkerung in eine Art „Geiselhaff“ und die Zahl der wegen Spionage für Deutschland erhobenen Anklagen stieg von 119 auf 1315 zwischen 1932 und 1937.<sup>103</sup> Die Priorität der „deutschen Gefahr“ in den Überlegungen von Partei und Geheimpolizei kann man

auch an dem Umstand ablesen, dass der erste aller „operativen Befehle des NKVD der UdSSR“ (Nr. 00349 vom 25. Juli 1937) gegen Deutschstämmige erlassen wurde.<sup>104</sup>

Dem generellen Illoyalitätsvorwurf sah sich auch die finnische Bevölkerung Kareliens ausgesetzt, zumal die autonome Republik das einzige Gebiet der UdSSR war, das von „Ausländern“ regiert wurde – den besiegten „Roten“ des finnischen Bürgerkriegs. Autonome Machtbefugnisse einzelner Gebiete (*korenizacija*) wurden allmählich abgeschafft. Schon 1929 mussten die karelischen Finnen die Leitung der Republik an das Leningrader Parteisekretariat abtreten. Es folgte – wie bei den Deutschen unter anderen Vorzeichen – eine Serie von fabrizierten Strafverfahren gegen „Vertreter des finnischen Nationalismus“.<sup>105</sup> In der allgemeinen sowjetischen Wahrnehmung wuchs bis 1937 die Gefahr eines seit jeher befürchteten Zweifrontenkrieges. Deutschland, der militärische Hauptfeind im Westen, schloss 1936 den Anti-Kominternpakt mit Japan. Es entstand die Achse Berlin-Rom, Deutschland besetzte das Rheinland und begann, die Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg tatkräftig zu unterstützen. Keiner dieser Verstöße gegen den Versailler Vertrag wurde von den westlichen Demokratien geahndet. Moskau musste auch zur Kenntnis nehmen, dass sein seit 1935 sorgfältig lanciertes Verständigungsangebot an das Hitler-Regime von diesem im März 1937 brüsk abgewiesen worden war.<sup>106</sup> Gleichzeitig wütete ein Eroberungskrieg der Japaner in China, ein Konflikt, der in Grenzschmützel zwischen japanischen und sowjetischen Streitkräften in der Mandschurei mündete und erst 1939 mit dem Sieg der Roten Armee am Fluss Chalchin-Gol entschieden wurde.

Während im kruden Freund-Feind-Denkschema des NKVD Deutsche (auch Österreicher) sowie alle „orientalischen“ Minderheiten (vorwiegend Koreaner und Chinesen) in diesem Vorkriegsszenario zu verdächtigen Subjekten mutierten, galten Polen seit der Zarenherrschaft als besonders russenfeindlich. Diese auch von sowjetischer Seite übernommene und durch den verlorenen Krieg gegen Polen 1920 verstärkte Grundstimmung erhielt in den dreißiger Jahren zusätzliche Nahrung, nachdem der autoritär regierte Nachbar nicht nur einen von Moskau vorgeschlagenen Pakt in Bezug auf die baltischen Staaten abgelehnt, sondern Anfang 1934 auch ein Nichtangriffsabkommen mit Nazi-Deutschland abgeschlossen hatte.<sup>107</sup>

Ein zweiter aktueller Beweggrund für die Auslösung der Massenverhaftungen im Sommer 1937 war die Wirtschaftslage. Die Wachstumsraten in der Industrie stagnierten, und man kämpfte gegen die Auswirkungen der Missernte des Jahres 1936, womit die Grundlage für eine erneute Jagd nach „Saboteuren“ und „Schädlingen“ gegeben war.<sup>108</sup>

Eine dritte Ursache für den Rundumschlag findet man in den Protokollen des Februar/März-Plenums des Zentralkomitees 1937. Die meisten Beiträge spiegelten den weitgehenden Konsens in den Führungsgremien der *bolševiki* wider. Es war die Rede davon, dass traditionell „antisowjetische Elemente“ zur verstärkten Agitation übergingen und den bolschewistischen Alleinherrschaftsanspruch in Frage stellten. Vergleichbare Behauptungen kamen schon früher von lokalen Sowjetbehörden und beunruhigten die Regierung während der Diskussionen über die neue Verfassung von 1936. Das neue Grundgesetz sah nämlich vor, dass gewisse Gesellschaftsschichten, in erster Linie Geistliche und angebliche Anhänger des Zarensystems, denen in den zwanziger Jahren das Wahlrecht entzogen worden war, nun wieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen durften. Die Gegner dieser Demokratisierung fürchteten, dass die „feindlichen Elemente“ bei der für Dezember 1937 geplanten offenen Wahl zum Obersten Sowjet die kommunistischen Kandidaten entmachten würden. Der Druck von Parteifunktionären im ländlichen Raum führte schließlich dazu, dass man auf offene Listen verzichtete und nur einen Kandidaten per Wahlkreis zuließ. Die Kehrtwendung wurde indessen erst am Vortag der Wahlen bekannt gegeben.<sup>109</sup>

Die Redner auf dem Plenum wiesen auf weitere „feindliche“ Bevölkerungsgruppen hin, die im selben Jahr vernichtet werden sollten: erstens, die aus dem sibirischen Exil entlassenen und heimgekehrten Kulaken, die angeblich die Rückgabe ihrer Grundstücke forderten; zweitens, untergetauchte Kulaken, die ihre „antisowjetische Tätigkeit“ in Industriebetrieben und in Großstädten fortsetzten;<sup>110</sup> drittens

würden Popen im Hinblick auf die Wahlen im Dezember 1937 politische Gruppen um sich scharen, um „antikommunistische“ Gegenkandidaten aufzustellen.<sup>111</sup> E. M. Jaroslavskij, der Vorsitzende des Bundes der Gottlosen, wies darauf hin, dass es im Land 39 000 registrierte religiöse Organisationen mit über einer Million Aktivisten – einschließlich Ortsgemeinden der orthodoxen Kirche – gab, die nicht selten vom Vorsitzenden des *kolchoz* (Kolchose) geführt würden.<sup>112</sup> Dieses recht düstere Bild der Effektivität atheistischer Propaganda war einem kleinen Kreis der Parteiführung bereits aus anderer Quelle bekannt: laut der im Jänner 1937 durchgeführten und bald zur Geheimsache erklärten Volkszählung hatten 55 Millionen Menschen, d. h. 57 Prozent der Bevölkerung über 16 Jahre, sich als Gläubige deklariert.<sup>113</sup> Ähnlich wie Kulaken oder Kriminelle (und andere gesellschaftliche Außenseiter) fungierten auch Anhänger von religiösen Gruppen und Kirchen an prominenter Stelle in der Opferstatistik der Jahre 1937/38.<sup>114</sup>

Die Äußerungen Stalins auf dem Februar/März-ZK-Plenum 1937 über die „Feinde“ sollten den Eindruck erwecken, dass niemand vor Verhaftung und Verfolgung sicher war. Er wiederholte die These vom Jänner 1933 über den Konnex zwischen sozialistischen Errungenschaften und zunehmenden feindlichen Aktivitäten<sup>115</sup> und lieferte seinen bis dahin umfangreichsten Feindkatalog:

- „Trotzkistische Schädlinge“, die im Auftrag feindlicher Staaten einige Staats- und Parteistrukturen bereits infiltriert haben;<sup>116</sup>
- Überreste der besiegten Ausbeuterklassen, die in Verzweiflung um sich schlagen;<sup>117</sup>
- „Schädlinge“, die ihre wahren Absichten verheimlichen, indem sie den gewissenhaften Arbeiter imitieren.<sup>118</sup>

Solche beliebig dehnbaren Kategorien subsumierte Stalin unter der Rubrik „Wölfe im Schafspelz“, die man „entlarven muss“.<sup>119</sup> Bezüglich „Infiltration“ aus dem Ausland führte er aus:

Nun wimmelt es in Frankreich und England von deutschen Spionen und Saboteuren, und in Deutschland wimmelt es von anglo-französischen Spionen. In Amerika wimmelt es von japanischen Spionen und Saboteuren, in Japan von amerikanischen Spionen [...] Ist es nicht klar, dass, solange die kapitalistische Einkreisung [der UdSSR] fortbesteht, es weiterhin bei uns Schädlinge, Spione, Saboteure und Mörder, die von Agenten ausländischer Staaten in unser Hinterland verschickt werden, geben wird?<sup>120</sup>

Ežov legte seine „rigorose Einschätzung“ der Stalin-Rede dar, als er am 19. März vor dem Offizierskorps der Hauptverwaltung für Staatssicherheit (GUGB) den Parteiauftrag folgendermaßen zusammenfasste:

Es ist wichtig, dass wir unsere Unzulänglichkeiten meistern, die wir auch nicht länger dulden dürfen, da schon sehr viel Zeit verflossen ist. [...] Die Hauptaufgabe, der wir uns stellen müssen, besteht deshalb darin, all unsere Unterlassungen bezüglich der Agenturarbeit [i. e. Spitzelwesen] und der Vernichtung der Feinde in einem relativ kurzen Zeitraum aufzuholen. Wir vernichten den Feind und zwar ordentlich. Wir vernichteten die Trotzkisten, ordentlich vernichtet haben wir sie. Ich werde keine [operativen] Zahlen nennen, aber sie werden außerordentlich beeindruckend sein, und wir haben bis jetzt nicht wenige vernichtet. Wir vernichteten die Sozialrevolutionäre, wir vernichteten die deutschen, polnischen und japanischen Spitzel,

doch das ist, wie man sagt, der erste Ansturm, denn es sind längst noch nicht alle.<sup>121</sup>

Da das ZK-Plenum die Existenz einer gigantischen Verschwörung bestätigte, oblag es nun dem NKVD, die zahlreichen „Entlarvungen“ vorzunehmen. Hauptstaatsanwalt Vyšinskij, ansonsten der Bewahrer strafrechtlicher Normen, legte sich diesbezüglich nicht quer. Er hatte kurz zuvor eine Theorie entwickelt, die er 1937 auch veröffentlichte, die „objektive Beweise“ abwertete und Geständnisse bei Anklagen politischer Natur als Hauptbeweislaster einstufte.<sup>122</sup> Seine tatsächliche Auffassung vom Recht kam zum Ausdruck, als er noch im März 1937 Parteiaktivisten der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR folgenden Rat erteilte: „Wir müssen die Weisung des Genossen Stalin in Erinnerung behalten, dass es in unserem Leben und im Leben unserer Gesellschaft Perioden und Momente gibt, wo sich Gesetze als obsolet erweisen und es notwendig ist, sie außer Kraft zu setzen.“<sup>123</sup> Schließlich setzte der 1937 entfesselte Massenterror eine soziale Säuberung gegen marginalisierte Gesellschaftsgruppen in Gang, die nicht ins bolschewistische Weltbild eines „Arbeiter- und Bauernstaates“ hineinpassten – Obdachlose, „Zigeuner“, Kleinkriminelle und sonstige *social outcasts*.<sup>124</sup>

## Mechanismen des Großen Terrors

### Die „Antikulaken“-Operation Nr. 00447

Fast 82 Prozent aller 1937/38 nach den politischen Paragrafen des sowjetischen Strafgesetzbuches verhängten Urteile (100 % = 1 344 923, 82 % = 1 102 910) gingen auf das Konto einzelner Verhaftungskampagnen der Geheimpolizei, im Jargon der Täter *massoperacii*. Diese Terrorwellen richteten sich gegen zwei Arten von „Feinden“ – einheimische „antisowjetische“ (антисоветчики) und „fremdländische“ Elemente. Die große Massenoperation gegen Ersterer, auch „Antikulaken“-Operation (противокулацкая операция) genannt, wurde sorgfältig vorbereitet und bedingte zunächst eine enge Zusammenarbeit zwischen örtlichen Partei- und NKVD-Stellen.<sup>125</sup> Am 3. Juli 1937 wies das Politbüro die Parteiorganisationen an, zurückgekehrte Kulaken und Kriminelle zu registrieren. Die am feindlichsten Gesinnten wären zum Tode durch Erschießen, die weniger Gefährlichen zur Verbannung zu verurteilen. Später wurde die Verbannungsoption fallen gelassen und durch eine Lagerstrafe von fünf bis zehn Jahren ersetzt. Über das Schicksal der registrierten und schließlich verhafteten Opfer entschied ein neu zu schaffender Dreiersenat (*trojka*), der aus dem NKVD-Bevollmächtigten, dem Parteisekretär und dem Staatsanwalt in dem jeweiligen Verwaltungsbezirk zusammengesetzt war. In den meisten Fällen akzeptierte der Kreml die so ermittelten Repressionszahlen (268 950, davon 75 950 Todesurteile), ebenso die personelle Zusammensetzung der *trojki*, die der Zustimmung des Politbüros unterlag.

Die im Text der NKVD-Order Nr. 00447, der Grundlage für die Durchführung der größten der Massenverhaftungskampagnen ab August 1937, festgelegte Zusammensetzung der neuen *trojka* ließ vermuten, dass die staatsanwaltliche Aufsichtspflicht über Haft- und Verhörbestimmungen nicht mehr wahrzunehmen war: der Staatsanwalt konnte (musste aber nicht) an den *trojka*-Sitzungen teilnehmen. In einem Rundschreiben an seine Staatsanwälte führte Vyšinskij aus, dass sie im Zusammenhang mit Order Nr. 00447 nicht verpflichtet wären, Haftbefehle zu sanktionieren oder für die Einhaltung korrekter Untersuchungsprozeduren zu sorgen, sondern „durch aktive Hilfe zur erfolgreichen Durchführung der Operation“ beitragen müssten.<sup>126</sup> Einige Monate später wies er seine Untergebenen an, dass Fälle, wo Beweise aus Gründen der Staatssicherheit nicht in einem öffentlichen Gericht präsentiert werden sollten, an die *trojka* zu übergeben wären.<sup>127</sup> Im Gebiet Ivanovo blieben die Zweitnominierten zu der örtlichen *trojka* – Parteisekretär und Vorsitzender des Exekutivkomitees – den Sitzungen meist



Andrej Vyšinskij (3)

fern und unterschrieben im Nachhinein die Urteilsprotokolle, nachdem der örtliche NKVD-Chef A. P. Radzivilovskij sie telefonisch darüber informiert hatte.<sup>128</sup> Bei den Sitzungen der *trojka* in Tomsk waren die NKVD-Offiziere unter sich – die Vertreter der Partei und der Staatsanwaltschaft wurden verhaftet und nicht mehr ersetzt.<sup>129</sup>

Eine mörderische Dynamik verlieh der unter Nr. 00447 laufenden „Antikulaken“-Operation eine Quotenregelung (*limity*), d. h. die Festsetzung der jeweiligen Anzahl für Erschießungs- und Hafturteile nach Gebieten. Diese „Möglichkeit“ wurde polizeiintern als Ansporn, wenn nicht als Anordnung zum Übertreffen des ursprünglichen Verhaftungssolls aufgefasst. Im Verlauf der Operation wurden die Arrestquoten von 268 950 auf 753 315 erhöht, wovon 183 750 durch Beschlüsse des Politbüros angeordnet und weitere 300 000 Verhaftungen durch ein Telegramm von Ežov, d. h. ohne einen formellen Beschluss der Parteiführung, befohlen wurden. Bis Ende der Operation im November 1938 wurden insgesamt 767 397 Menschen ver-

urteilt, 386 798 von ihnen nach der „ersten Kategorie“ (Erschießen).<sup>130</sup> Die angesichts des Umfangs geringfügigen Abweichungen zwischen tatsächlich vollstreckten (753 315) und den von Moskau „erlaubten“ Todesurteilen (767 397) sprechen gegen die oft vorgebrachte These, dass der NKVD sich wie ein Staat im Staate gebärdete und nicht mehr unter der Kontrolle des Politbüros stand.<sup>131</sup>

Zuständig für die Durchführung von Operation Nr. 00447 war M. P. Frinovskij, Ežovs Stellvertreter. Aus seinen vor Beginn der landesweiten Massenrazzien (5. August 1937) erlassenen Anweisungen geht hervor, dass zuallererst kriminelle Rückfalltäter und Leute, die „keinen festen Wohnsitz haben und keiner sozial nützlichen Arbeit nachgehen“, zu verhaften seien, auch „wenn sie unmittelbar vor dem Arrest keine Straftat begangen haben“.<sup>132</sup> Eine Säuberung nach sozialen Kategorien hatte also oberste Priorität. Die Polizei verlieh den Arbeitslosen das Kürzel *BOZ* (без определенного занятия – ohne bestimmte Beschäftigung) und den Obdachlosen *BOMŽ* (без определенного места жительства – ohne festen Wohnsitz). Oft gehörten die Ausgegrenzten beiden Gruppen an – Bauern, die dem *kolchoz* entflohen waren, Kinder und Jugendliche, die auf der Straße lebten, und Gläubige, nämlich Priester, Nonnen und Aktivisten der Kirche und religiöser Sekten, die „untergetaucht“ waren. Verwehrlose Jugendliche konnten auch Glück im Unglück haben und nicht als Einzelfälle bei Sitzungen der *trojka* des NKVD verurteilt werden, sondern in die Obhut der normalen Polizei (*милиция*) kommen. Für solche als „sozial schädlich“ oder „sozial gefährlich“ apostrophierten Ausgestoßenen sah die *pasportnaja trojka* der Stadtpolizei jedoch ein bis fünf Jahre Zwangsarbeit vor.<sup>133</sup> Dieses Dreiergremium ahndete die Verletzung der Meldepflicht.

Der Druck auf die NKVD-Verwaltungen war landesweit so hoch, dass die Quoten bald ausgeschöpft waren. In Sverdlovsk (Ekaterinburg) wurde in den ersten zwei Monaten der Operation die Anfangsquote „verbraucht“,<sup>134</sup> aus Orël und Orenburg suchte man schon im August um neue *limity* an,<sup>135</sup> und in Leningrad war die Anfang August fixierte Erschießungsvorgabe von 4000 Opfern schon im Monat August „konsumiert“.<sup>136</sup> Die Anzahl der Verhaftungen und Urteile nahm aber auch aus operativen Gründen zu. Einerseits führten brutale Verhörmethoden zur „Entlarvung“ weiterer „Feinde“, zum anderen wurde das NKVD-Personal zu „Höchstleistungen“ ermuntert. Die Mitarbeiter der Kreis- oder Gebietsverwaltungen der Staatssicherheit (UGB) brauchten allenthalben zusätzliche Arbeitskräfte, um das enorme Plansoll zu erfüllen. In Tomsk wurden gewöhnliche Polizisten (*milicionery*), Angehörige der Grenztruppen des NKVD, Mitglieder des *Komsomol* und die Leiter der „Geheimabteilungen“ in Fabriken und wissenschaftlichen Instituten herangezogen.<sup>137</sup> In Karelien bot

sich ein ähnliches Bild, sogar das „Aktiv“ der Partei und der Sowjetbehörden nahm Verhaftungen vor.<sup>138</sup>

Im Spätsommer und Herbst 1937 lag das Hauptgewicht der Verfolgungspraxis auf der Durchführung des Befehls Nr. 00447: Mitte August waren 100 000 Menschen verhaftet, bis Ende des Monats stieg die Opferzahl auf 150 000 Verhaftete und 30 000 Erschossene; am 1. Februar 1938 betrug die Gesamtzahl der Verurteilungen 600 000. Bis Ende August 1938 folgten weitere 90 000 Verhaftungen nach Quote. Ab dem Spätwinter 1938 fuhr man die Mechanismen der Operation Nr. 00447 zurück, denn, abgesehen von einer landesweiten neuen Quote vom 31. Jänner 1938 in der Höhe von 57 000, erfolgten nur noch zwei neue Erhöhungen der *limity*: in der Ukraine (30 000) und im Fernen Osten (20 000). Wie oben erwähnt war das Endresultat der „Antikulaken“-Verhaftungswellen eine Opferzahl von 770 000, wovon die Hälfte erschossen wurde. Die Gründe für die Beendigung dieser größten aller Massenoperationen waren vermutlich das dadurch verursachte Chaos im Wirtschaftsleben oder der Umstand, dass mancherorts der „Vorrat“ an registrierten *antisovetĉiki* längst erschöpft war. Das könnte Ende 1937 in einigen Gebieten (области) bereits der Fall gewesen sein, da für Untersuchungsbeamte des UGB Kontrollziffern, ein Minimum an zu bearbeitenden Fällen, eingeführt wurden. Daher folgte die Opferselektion in einem späteren Stadium der Operation dem Prinzip reiner Beliebigkeit. Nun schrieb man auf Listen wie viele Personen aus einer soziologischen Schicht bzw. Berufsgruppe oder aus einem bestimmten Wirtschaftssektor zu verhaften seien. Im Gebiet Tomsk und im Autonomen Gebiet Chakasija wurde zum Beispiel in die folgenden Rubriken eingetragen:

- Arbeiter: Transport, Industrie, Baustellen
- Angestellte
- Rechtsanwälte, Ärzte, Agrarspezialisten, Ingenieure, Hochschullehrer
- Bauern (Kulaken, Mittelbauern und arme Bauern)
- Militärs aller Ränge, Polizisten, Priester etc.<sup>139</sup>

### „Nationale“ Operationen gegen „Spione“

Die „nationalen“ Massenoperationen (*nacoperacii*) gegen Ausländer und ihre mutmaßlichen Verbündeten („Fünfte Kolonne“) bildeten 1937/38 den zweiten Hauptstoß der Vernichtungskampagne.<sup>140</sup> Sie basierten auf Resolutionen des Februar/März-Plenums 1937 des ZK der VKP (b), nämlich dass „trotzkistische Agenten der deutsch-japanischen Aufklärungsdienste“ die kommunistische Partei, den NKVD und die Industrie „infiltriert“ hätten.<sup>141</sup> 16 verschiedene Nationalitäten waren im Visier des NKVD, gegen zwölf wurde eine mit Doppelnulld (höchste Geheimhaltungsstufe) versehene operative Order des NKVD erlassen.<sup>142</sup> Zielgruppen waren Polen, Letten, Deutsche, Esten, Finnen, Griechen, Iraner, Chinesen, Rumänen, Bulgaren, Mazedonier, ehemalige Bewohner der Stadt Charbin (Harbin) und Koreaner. In der operativen Order gegen die „Charbiner“ schrieb Ežov, diese seien in der überwiegenden Mehrheit vom japanischen Geheimdienst angeworben worden. Es handelte sich um 25 000 ethnische Russen, die 1935 aus der Mongolei in die Heimat repatriiert wurden.<sup>143</sup> Die Ursache für die Vernichtung der lettischen Diaspora in der UdSSR war vermutlich die hohe Zahl von Letten, die nicht zuletzt als „alte Bolschewiken“ an führenden Stellen in der Armee, im NKVD und in der Kriegsindustrie tätig war. Außerdem waren die halb-diktatorischen baltischen Staaten stark antikommunistisch eingestellt.

Was Deutsche betrifft, nahm der generelle Verdacht gegen sie nach Hitlers Machtantritt stark zu. Aber schon vor 1933 gab es immer wieder Fälle von verhafteten Deutschen, die Jagoda in Berichten an Stalin zu „Verschwörungen“ hinauf stilisierte. Im Zusammenhang mit Geldüberweisungen aus Deutschland an die Not leidende deutsche Minderheit verhaftete die Geheimpolizei 1934 über 4000 Russlanddeutsche in der Ukraine, im Nordkaukasus und in der Wolgadeutschen ASSR. Im selben Jahr

entließ man Deutschstämmige aus Rüstungsbetrieben, nachdem der deutsche Militärattaché seinem japanischen Kollegen Daten über Flugzeugwerke übergeben hatte. Im Mai 1935 berichtete Jagoda dem Kreml von einer „deutschen faschistischen Organisation in der UdSSR“. Die Verhafteten waren Intellektuelle und Lehrer, die kulturelle Verbindungen zur deutschen Botschaft unterhielten. Wenn nicht zumindest maßlos aufgebauscht, waren solche „Verschwörungen“ reine Erfindungen, wie z. B. jene „Terroristengruppe“, die angeblich ein Attentat auf die Parteiführung bei der Militärparade auf dem Moskauer Roten Platz am 7. November 1935 geplant hatte. Jagoda wollte den Fall an das Militärkollegium weiterleiten und bestand auf der Todesstrafe. Unter den „Verschwörern“, die ihre Schuld hartnäckig leugneten, war der Wiener Ingenieur Wilhelm Bauer, der beim Bau der Moskauer Metro beschäftigt war. Schließlich wurden Lagerstrafen verhängt. Mitte der dreißiger Jahre waren Bewohner deutscher Siedlungsgebiete einer höheren Gefahr ausgesetzt als deutsche Staatsbürger bzw. Politemigranten. Das war besonders in der Deutschen Wolgarepublik der Fall, wohin viele Mitglieder der deutschen Minderheit aus betroffenen Regionen während der Hungersnot geflüchtet waren. Ins Visier der Geheimpolizei gerieten insbesondere Wolgadeutsche, die für deutsche Industriekonzerne gearbeitet hatten oder religiösen Sekten angehörten (z. B. Mennoniten).<sup>144</sup>

Bis etwa Mitte 1937 war die Tendenz vorherrschend, dass verhaftete deutsche Staatsbürger vor oder nach der Urteilsverkündung aus der UdSSR ausgewiesen wurden – 858 zwischen November 1937 und Jänner 1940.<sup>145</sup> Gemäß einem Abkommen war die sowjetische wie die deutsche Seite verpflichtet, die Straffälle vor einem ordentlichen Gericht zu behandeln oder die angeklagten Personen auszuweisen. Diese generelle Regelung dürfte bis 1936/37 auch bei verhafteten Österreichern angewandt worden sein, vorausgesetzt, dass die österreichische Gesandtschaft für sie interveniert hatte. M. M. Litvinov, der sowjetische Volkskommissar für Äußeres, musste mehrmals in solchen Angelegenheiten gegenüber Jagoda auf internationalem Recht bestehen.<sup>146</sup>

Der erste operative Befehl gegen „Ausländerkontingente“ wurde am 25. Juli 1937 gegen die Deutschen herausgegeben,<sup>147</sup> am 11. August gegen die Polen<sup>148</sup>, am 20. September gegen die früheren Einwohner der mandschurischen (nordostchinesischen) Stadt Charbin (харбинцы)<sup>149</sup> und am 30. November gegen die Letten.<sup>150</sup> Am 11. Dezember erließ der NKVD einen operativen Befehl gegen die Griechen, elf Tage später gegen die Chinesen im Fernen Osten. Im Jänner 1938 folgten ähnliche Direktiven gegen die Iraner und aus dem Iran eingereiste Armenier und am 1. Februar gegen Finnen, Esten, Rumänen, Chinesen, Bulgaren und Mazedonier. Schließlich wurde Mitte Februar die Massenverhaftung von Afghanen angeordnet.<sup>151</sup>

Viele dieser Vernichtungsfeldzüge gingen auf lokale Initiativen des NKVD zurück, beispielsweise gegen Rumänen in der Ukraine (August 1937) und Finnen in Karelien und dem Leningrader Gebiet (August/September 1937). Andererseits erreichte die Verhaftung von Iranern und Afghanen erst im Februar 1938 operative Maßstäbe.<sup>152</sup> Allen diesbezüglichen Direktiven lag ein entsprechender Beschluss des Politbüros zugrunde. Diese *nacoperacii* gegen ethnische Minderheiten und echte Ausländer zielten in der ersten Phase auf Eisenbahner und Beschäftigte der Kriegsindustrie ab, zogen aber in der Folge alle Angehörigen der betroffenen Nationalität in Mitleidenschaft. Die Dynamik der Repressionsspirale wurde von drei miteinander verbundenen „Zündvorrichtungen“ angetrieben: Dem Hauptquartier des NKVD, das mehrere von Ežov erlassene „ergänzende“ Direktiven an untergeordnete Dienststellen verteilte;<sup>153</sup> dem Politbüro, das die Laufzeit der „nationalen“ Operationen mehrmals verlängerte; und dem Schreibtisch von Stalins Säuberungsleutnants wie etwa A. A. Andreev, der immer wieder einer Intensivierung des Massenmordes, beispielsweise an Polen in den westlichen Grenzbezirken, das Wort redete.<sup>154</sup>

Bis September 1938 bewerkstelligte eine Zweiergruppe (*dvojka*), eine aus Ežov und Vyšinskij bzw. deren Stellvertretern bestehende außergerichtliche Instanz, die Massenabfertigung der Fernurteile bei den „nationalen“ Operationen, die in zwei Dritteln der Fälle auf Erschießen lauteten. Listen der Häftlinge mit dem empfohlenen Strafausmaß wurden per Kurier von den Regionalzentren in die Lubjanka gebracht. Ežov und Vyšinskij oder deren Stellvertreter bestätigten mit ihren Unterschriften die Urteile.

Intern nannte man dieses Schnellverfahren, bei dem für jeden „Delinquenten“ ein Blatt mit den üblichen Personaldaten und dem angeblichen Verbrechen angelegt wurde, die „Album-Methode“. Einige Gebiete waren härter betroffen als andere. Die Tatarische ASSR dagegen weniger, da es dort kaum ausländische Opfer gab. In Tatarstan konnten lediglich fünf bis zehn Prozent der Verhafteten 1938 einer „nationalen“ Operation zugeschrieben werden.<sup>155</sup> Im Leningrader Gebiet, wo der nichtrussische Anteil an der Bevölkerung groß war, stieg der Prozentsatz von Ausländern unter den Opfern beträchtlich. Über vierzig Prozent der im November 1937 Exekutierten waren nichtrussischer Abstammung und gehörten folgenden Nationalitäten an:

Polen (24,5 %), Balten (8,1 %), Finnen (6,4 %), Deutsche (2,9 %).<sup>156</sup>

Die Bezeichnung „Ausländer“ ist möglichst umfassend zu verstehen, denn die „Organe“ orientierten sich mehr an der ethnischen Herkunft als an der Staatszugehörigkeit. Kann man daher neben einer sozialen auch von einer ethnischen Säuberung reden? Nicht im herkömmlichen Sinn dieses modernen Begriffes, da die diesbezügliche Massenverfolgung aus Gründen der Staatssicherheit (Kriegsgefahr, Fünfte Kolonne usw.) erfolgte, rassistisch-biologische Kriterien waren offensichtlich nicht ausschlaggebend. Verhaftung nach Nationalität, umschrieben mit der Formel *arest po ankete*, bezieht sich auf die Angabe der Nationalität (Punkt 5) auf allen staatlichen Formularen.

Viele sowjetische Staatsbürger wurden wegen ihrer Kontakte zu Ausländern oder dem Ausland verhaftet, darunter sowohl Angehörige ethnischer Minderheiten als auch Russen. Zum Opferkreis gehörten auch Russen, die im Ersten Weltkrieg Gefangene der Mittelmächte oder 1920/21 der Polen gewesen waren. Sowjetbürger, die zu ausländischen Botschaften Kontakt hatten oder mit Freunden oder Verwandten im Ausland korrespondierten, wurden gleichfalls verhaftet. Im Verlauf der „finnischen“ Operation setzten sich die zu verhaftenden Inländer u. a. aus Mitarbeitern des Auslandsnachrichtendienstes des NKVD bzw. der Roten Armee („Doppelagenten“) oder Werkträgern zusammen, die aufgrund ihrer Tätigkeit als Matrosen oder Eisenbahner in Berührung mit Finnen gekommen waren.<sup>157</sup> Folglich machte der Anteil tatsächlicher Einwanderer nur einen Teil und politischer Asylanten nur einen Bruchteil der Gesamtopferzahl der „Ausländer“-Razzien des NKVD aus.

Anfang 1937 lebten 98 840 Ausländer in der UdSSR. Achtzig Prozent von ihnen waren Chinesen, Iraner oder Griechen. Lediglich 4015 hatten einen deutschen Pass.<sup>158</sup> Die Zahl der verhafteten österreichischen Staatsbürger wurde vom NKVD nicht ermittelt.

Der Beschleunigung der Verfahrensdauer bzw. Massensexekutionen während der *nacoperacii* lagen im ersten Halbjahr 1938 neue Entscheidungen des Politbüros zugrunde. Zudem intensivierte Präzisierung von „feindlichen“ Ausländertypen die immanente Dynamik. Im Oktober 1937 behauptete Ežov in einem Rundschreiben, dass sich „ausländische Agenten“ und „Saboteure“ aus Deutschland, Polen und Charbin kurz vorher in die Sowjetunion „eingeschlichen“ hätten. Diese „Deserteure des Klassenkampfes“ und „Überläufer“ verdienen eine nähere Überprüfung, da laut NKVD „nur 9000 von 15 000 polnischen Einwanderern des Jahres 1937 registriert wurden“ und weil „lediglich 244“ aus einer anderen, 6000 Mann starken Immigrantengruppe „als Agenten ausländischer Geheimdienste entlarvt worden sind“.<sup>159</sup>

Laufende NKVD-Operationen gegen ausländische Kontingente (vorwiegend gegen Polen, Letten, Deutsche und so genannte Charbiner) wurden per Politbüro-Beschluss vom 31. Jänner 1938 verlängert. Quoten wurden dabei nicht erwähnt. Die Kampagnen sollten bis 15. April fortgesetzt und die Verurteilung der Untersuchungsgefangenen bis zum selben Zeitpunkt abgeschlossen sein. Ab Mitte April liefen zusätzliche *nacoperacii* gegen Finnen, Esten, Rumänen, Chinesen, Bulgaren und Mazedonier an.<sup>160</sup> Daher stand das operative Personal des NKVD unter einem enormen Arbeitsdruck. Im Mai verlängerte die Entourage um Stalin diese Operationen bis 1. August und fügte ein „afghanisches“ Kontingent hinzu.<sup>161</sup>

Mitte September bewilligte das Politbüro schließlich die Einrichtung von neuen *spectrojki*, um die „polnischen“, „deutschen“ und „charbinischen“ Operationen abzuschließen.<sup>162</sup> Das war aus operativer Sicht notwendig, weil sich bereits 126 000 „Album-Urteile“ in Moskau angehäuft hatten und noch nicht bestätigt waren. In nicht ganz zwei Monaten erledigten die neuen Sondergremien nahezu 108 000 Fälle. Lediglich 137 Personen entließ man aus der Haft; 2700 Fälle wurden zur Nachuntersuchung an die Gerichte übergeben. Knapp 105 000 Häftlinge wurden im Schnellverfahren verurteilt, davon 72 254 (69 %) zum Tode.<sup>163</sup> So dauerten die Massenmorde an „Ausländern“ bis in den Frühwinter 1938/39.

Das Gesamtergebnis der „nationalen“ Operationen waren 335 513 Verurteilte, davon 73,66 Prozent zum Tode<sup>164</sup> (siehe Tabelle). Das waren 24 Prozent mehr Erschießungen als bei Operation Nr. 00447 und unterstreicht einmal mehr die Priorität der „ausländischen Gefahr“ in der Vorstellungswelt der obersten Staatsführung.

Prozentsatz der während der Massenoperationen des NKVD verhängten Todesurteile

Operation	Beginn	Urteile	Todesurteile	Todesurteile in %
„Antikulaken“	05.08.1937	767 397	386 798	50,4
„Polnische“	20.08.1937	139 835	111 091	79,4
„Deutsche“	29.07.1937	55 005	41 898	76,2
„Lettische“	03.12.1937	22 360	16 573	74,1

Es muss nochmals betont werden, dass bei den „nationalen“ Operationen nicht nur die ethnische Zielgruppe dezimiert wurde. Wie bereits erwähnt, waren auch „Mitverschwörer“ aus der Mehrheitsbevölkerung betroffen, vor allem, wenn eine Verbindung mit dem Ausland oder mit Ausländern konstruiert werden konnte. Es muss auch festgehalten werden, dass manche Gebietsleitungen des NKVD Opfer zwischen Operationen hin und her schoben. In Sverdlovsk beispielsweise inkludierte man 3800 russische Bauern in eine Statistik für die „polnische“ Operation, die lediglich 390 ethnische Polen auswies; eine Liste von 237 zu verurteilenden „Letten“ lag auch vor, aber nur zwölf von ihnen entsprachen dieser nationalen Zuordnung.<sup>165</sup> In der Endphase der „polnischen“ Operation findet man unter 37 000 Verurteilten 20 000 Polen und Angehörige zwanzig anderer Nationalitäten, darunter Juden und „Zigeuner“, denen man in der UdSSR einen nationalen Status zuwies, und 59 Österreicher. Andererseits dürften schätzungsweise mindestens 20 000 der 118 000 bis 123 000 festgenommenen Polen im Zuge diverser anderer *nacoperacii* oder der „Antikulaken“-Operation Nr. 00447 verhaftet worden sein.<sup>166</sup>

### Der Verlauf der „deutschen“ Operation des NKVD 1937/38<sup>167</sup>

Die oben angeführten Regelungen betreffend eine Generalgenehmigung hinsichtlich der Festnahme von ausländischen Staatsbürgern wurden während des Verlaufs von Massenoperationen außer Kraft gesetzt. Erst im Oktober 1938 trat wieder der Beschluss des Politbüros vom 5. Jänner 1936 in Kraft,<sup>168</sup> demzufolge die Verhaftung von ausländischen Staatsbürgern nur mit der Zustimmung des ZK und nach Konsultationen mit dem sowjetischen Premier Wjačeslav Molotov „in jedem einzelnen Fall“ vorzunehmen sei.<sup>169</sup> Landesverweisungen wurden 1937/38 – im Gegensatz zu früher – wenn überhaupt, dann erst nach der Untersuchungshaft verhängt.

Vorbote der Ende Juli 1937 anlaufenden „deutschen“ Kampagne der Staatssicherheit waren zwei Verschärfungen gegen deutschsprachige Polityasylanten und Facharbeiter. Eine interne Direktive von Ežov vom 14. Februar 1937 verfügte, die Netzwerke von deutschen „trozkistischen Spionen, Diversanten und Terroristen“ aufzudecken. Das Elaborat stützte sich zum großen Teil auf die Mitteilungen des KPD-Funktionärs Herbert Wehner betreffend in der Vergangenheit gemäßregelte Parteimitglieder so-

wie Anhänger linker Splittergruppen. So gerieten deutsche politische Flüchtlinge noch mehr ins Visier der „Organe“. <sup>170</sup> In einem Brief an das Politbüro vom 15. Februar 1937 behauptete Ežov, ausländische Geheimdienste, vor allem der deutsche, hätten Spezialisten in Einrichtungen und Betrieben in Westsibirien „angeworben“. Am 13. März 1937 beschloss das Politbüro, Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer in Westsibirien nicht mehr zu verlängern, vor allem bei deutschen, japanischen und polnischen Staatsbürgern. Der entsprechende, von Ežov erlassene Dienstbefehl ordnete die Ausweisung aller deutschen Bürger an, mit Ausnahme der politischen Flüchtlinge. Zunächst erfolgten die Landesverweise gegen Deutsche in Grenzregionen, aber es dauerte bis August 1937, bis detaillierte Anweisungen aus Moskau bei den Dienststellen eintrafen. Darin war die „Feststellung“ zu lesen, dass Ausländer die „Basis der Spionage und der Diversion“ bildeten. Laut der neuen Direktive war Ausländern beim Auslaufen der Aufenthaltsgenehmigung ein Ausreisevisum zu erteilen. Man unterschied zwischen bestimmten ausländischen Staatsbürgern: Inhaber eines Passes aus 22 namentlich genannten Ländern (darunter Deutschland, Österreich, Polen, Italien und Japan) mussten ausreisen, jene aus einer zweiten Gruppe von zehn Ländern (darunter England, Frankreich, USA) nur, wenn „kompromittierendes Material“ über sie beim NKVD vorlag. Wie die teilweise widersprüchliche Direktive vor Ort gehandhabt wurde, ist ungewiss. Jedenfalls waren die Landesverweise darauf ausgerichtet, alle Ausländer aus Rüstungsbetrieben (somit aus fast allen Großbetrieben) in Westsibirien zu entfernen.

Diese Präzisierung nahm Ežov in den Text des betreffenden operativen Befehls gegen Deutsche (Nr. 00439 vom 25. Juli 1937) auf, der die Verhaftung von Deutschen in Rüstungsbetrieben und im Transportsystem anordnete. <sup>171</sup> Aber auf einer handschriftlichen Notiz zum Entwurf Ežovs, den das Politbüro am 20. Juli bewilligte, schrieb Stalin:

Alle Deutschen in unseren Rüstungsbetrieben, halbmilitärischen und chemischen Werken und auf Baustellen in allen Gebieten sind zu verhaften. <sup>172</sup>

Stalins Nachtrag hatte mehr Gewicht als der aktuelle Wortlaut der Order. Die laut Befehl Nr. 00439 vorzunehmenden Verhaftungen, die in der Nacht zum 30. Juli begannen, sollten ursprünglich nur fünf Tage in Anspruch nehmen. Das Hauptziel – die Festnahme Deutscher in der Rüstungsindustrie – war Ende August mit der Verhaftung von rund 500 deutschen Staatsbürgern bereits erreicht. Neunzig Prozent der Urteile wurden aber nach Jahresbeginn 1938 verhängt, als die Geheimpolizisten Russen mit „Konsularverbindungen“ (zu deutschen Diplomaten) festnahmen und die Schließung von sieben deutschen Konsulaten erzwangen. Unter den neuen Opfern der „deutschen Operation“ befanden sich außerdem ehemalige russische Kriegsgefangene der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg sowie Russen, die mit dem Ausland Briefverkehr pflegten, und ehemalige Angestellte deutscher Firmen. Naturgemäß waren die Haftzahlen am höchsten dort, wo es eine ansehnliche deutsche Minderheit gab: in der Ukraine, in Moskau, Leningrad, Westsibirien, der Wolgadeutschen ASSR, auf der Krim und in anderen Gebieten um das Schwarze Meer.

Massenverhaftungen auf dem Lande kamen oft militärischen Strafexpeditionen gleich, beispielsweise im Bezirk Bodajbo (Gebiet Irkutsk), der im Jänner 1938 von einer „operativen Gruppe“ unter der Leitung des NKVD-Offiziers B. P. Kul’vec terrorisiert wurde. Hauptzielgruppe war die „orientalische“ Minderheit, in erster Linie Chinesen und Koreaner, die nicht nur in ihren Wohnungen, sondern auch auf der Straße verhaftet wurden. Über die Ergebnisse seiner Blitzaktion teilte Kul’vec seinem Vorgesetzten mit:

Die deutsche Abwehr, auf dieser Linie schaut es bei mir schlecht aus. Es stimmt, dass ich die Agentur Schwarz ausgehoben habe, aber die Aktion gegen die Deutschen muss man ernster angehen. Ich habe mich bemüht,

[Feinde] aufzustöbern, was mir bei den Finnen und den Tschechen auch gelungen ist. Aber für eine vollständige Sammlung fehlen mir ein Italiener und ein Franzose [...] Alle Chinesen haben wir schon erwischt, es bleiben nur einige alte Männer. Einige von ihnen, an die sieben, sind inzwischen als Spione und Schmuggler entlarvt worden. Ich glaube, dass es sich nicht lohnt, ihretwegen Zeit zu verschwenden. Sie sind zu altersschwach, wir nahmen lieber die Gesunden mit.<sup>173</sup>

Das Ergebnis (vermutlich unvollständig) der „deutschen“ Operation Nr. 00439 belief sich schließlich auf 55 000 Verurteilungen: 41 898 Erschießungen und 13 107 Lagerstrafen (größtenteils zu zehn Jahren). Über 3000 Fälle wurden im Berufungsverfahren an diverse Gerichte abgetreten. Nur vierzig Menschen entließ man ohne Strafanlage aus der Haft. Annähernd 700 Inhaber deutscher Pässe fielen der Operation zum Opfer, wohl die proportional am härtesten betroffene Gruppe. Überproportional repräsentiert in der Verhaftungsstatistik waren zudem ehemalige deutsche bzw. österreichische Staatsbürger, die einen sowjetischen Pass besaßen, sowie „Staatenlose“. Letztere Bezeichnung bezog sich auf deutsche und österreichische Politemigranten, die von Behörden in der Heimat ausgebürgert worden waren. Zuverlässige Statistiken über die gesamte Anzahl der laut Ordner Nr. 00439 verurteilten Österreicher liegen nicht vor: 116 sollen in der Endphase der Operation, als Zahlen nach Nationalität ausgewiesen wurden, bestraft worden sein. Grundsätzlich soll indes festgehalten werden, dass die Ermittler es mit der Festlegung der Nationalität nicht so genau nahmen. Mancher Österreicher wurde als solcher nicht klassifiziert, sondern als Deutscher oder Jude. Ungefähr vier Fünftel der Urteile der „deutschen Operation“ (39 300 von 55 005) lauteten auf „Spionage“, wovon 70 Prozent nach dem 1. Jänner 1938 abgeschlossen wurden.<sup>174</sup> Schließlich sei ein kleines Opferkontingent anzuführen: die Frauen von „Volksfeinden“ (NKVD-Order Nr. 00486 vom 15. August 1937). Eine unbekannte Zahl von Frauen der im Laufe der „deutschen Operation“ verhafteten Männer und ihre über 16 Jahre alten Kinder wies man in Straflager ein. Da es jedoch im Herbst 1937 kaum noch Plätze für Frauen im Gefängnis oder für deren jüngere Kinder in den gleichfalls überfüllten Kinderheimen gab, stellte man größtenteils diese Art der Sippenhaftung für Ausländer wieder ein.

### Erschießungen und Lagereinweisungen

Die Durchführung von Erschießungen war genau geregelt. Sie fanden in der Nacht, entweder im Keller der lokalen UGB-Zentrale oder auf einem abgelegenen, häufig umzäunten Areal (meistens im Wald), statt. Vorher musste die Identität jedes Opfers überprüft werden, indem man es anhand des Fotos im Strafakt (1937/38 wurden nur zum Tode verurteilte Häftlinge im Gefängnis fotografiert) einer Gesichtsprüfung unterzog und die Vor-, Vaters- und Familiennamen auf der Todesliste mit der Schreibweise derselben im Strafakt verglich. Die Erschossenen wurden in einer Grube verscharrt; die Verwendung von Rotarmisten oder Milizionären als Todesschützen war ausdrücklich verboten.<sup>175</sup> Als Henker vorgesehen waren ausschließlich NKVD-Offiziere, die jedes Opfer einzeln mit einem Pistolenschuss in den Hinterkopf am Rande der Grube töteten. Bis zur letzten Minute war es strikt untersagt, den Todeskandidaten mitzuteilen, dass sie zum „höchsten Strafmaß“ (высшая мера наказания – BMH) verurteilt worden waren. Laut dieser von Ežovs Stellvertreter Michail Frinovskij unterzeichneten Direktive war es gleichfalls verboten, die Familienangehörigen von der wirklichen Todesursache in Kenntnis zu setzen. Auf ihre zahlreichen Eingaben erhielten die Angehörigen ein Schreiben z. B. folgenden Inhalts:

Ihr Mann ist zu zehn Jahren ohne Recht auf Korrespondenz verurteilt worden. Warten Sie.<sup>176</sup>



Einweihung der Gedenkstätte Butovo am 8. Mai 1994 (15)

Die Henker kamen üblicherweise von der administrativen Wirtschaftsabteilung (*АChU*) der regionalen Verwaltung der Staatssicherheit (UGB). Zum Beispiel Michail Matveev, stellvertretender Leiter des *АChU* des Leningrader NKVD: er tötete mit einem Assistenten über 1100 Häftlinge in fünf Nächten im Oktober/November 1937. Die Opfer wurden von den Soloveckij-Inseln auf das Festland gebracht und in einen Wald nahe dem Städtchen Medvež'egorsk mit Lastautos transportiert.<sup>177</sup> Über 500 weitere Häftlinge aus dem Inselkloster wurden einen Monat später nach Leningrad verfrachtet und in den stadtnahen Levašovo-Wäldern von Aleksandr Polikarpov, dem *komendant* der Leningrader NKVD-Verwaltung, umgebracht.<sup>178</sup> Die Hinrichtungsspezialisten in der Moskauer Erschießungsstätte Butovo bei Moskau stammten ebenfalls aus der Kommandantur, dem *АChU* oder der Sonderabteilung des UGB. Dem Massenmord (*спецработы* im Jargon der Killer) in Butovo fielen im Zeitraum August 1937 bis November 1938 über 20 000 Menschen zum Opfer, die, wie Umfragen unter überlebenden Tätern ergaben, von höchstens zwölf Männern mit der Dienstpistole erschossen wurden.<sup>179</sup> Ein ehemaliger Todesschütze aus der Mannschaft in Butovo beschrieb seinen Nachtdienst in einem Zeitungsin-terview 60 Jahre später:

Wir hatten immer einen Kübel Wodka und einen Kübel Kölnischwasser mit. Den Wodka tranken wir bis zum Umfallen, denn die Arbeit war nicht

leicht. Wir wurden sehr müde, wir konnten uns kaum auf den Beinen halten. Und wir wuschen uns bis zum Gürtel mit Kölnischwasser, andernfalls hätten wir den Gestank von Blut und Schießpulver nicht weggekriegt.<sup>180</sup>

Die Henker mussten die Munition vom *komendant* der örtlichen UGB-Verwaltung anfordern und über den Verbrauch genau Buch führen.<sup>181</sup> Bei der Hinrichtung von 38 Häftlingen in Čistopol' (Tatarstan) in den Monaten August und September 1937 vermerkten die Henker die Verwendung von 84 Patronen.<sup>182</sup>

Zwischen 1937 und 1939 (1. Januar) wuchs die Bevölkerung der Straflager von 800 000 auf 1,3 Millionen. Weitere 700 000 Gefangene befanden sich in Jugendstrafkolonien und Gefängnissen.<sup>183</sup> Der Anteil der „Politischen“ am Gesamtbestand der Gefangenen zwischen Jänner 1937 und Jänner 1939 stieg von 12,8 auf 34,5 Prozent; der Anteil von Häftlingen mit einem Strafausmaß von fünf bis zehn Jahren wuchs im selben Zeitraum von 26 auf 45 Prozent. In der Vorbereitungsphase der Massenoperationen verfügte das Politbüro im Mai 1937 eine ganze Reihe von Verschärfungen im Strafvollzug. Strafzellen wurden in allen Gefängnissen und Lagern eingerichtet, Leibesvisitationen fanden öfter statt und die meisten politischen Gefangenen verloren ihre Vertrauenspositionen als Lagerschreiber oder Aufseher. Das Tempo der Massenoperationen verursachte einen massiven Schub an Neuzugängen ab dem Frühwinter 1937/38. Die meisten Verurteilten waren durch die lange Untersuchungshaft krank und unterernährt, andere erkrankten während der Bahnfahrt schwer, viele kamen am Bestimmungsort ohne Kleider oder Schuhwerk an. Anfang 1938 grassierte eine Typhusepidemie in den Lagern entlang der Grenze zur Mandschurei, die bald auch auf die Lagerkomplexe im Fernen Osten nahe Chabarovsk und Magadan übergriff.

Der operative Befehl Nr. 00447 des NKVD („Antikulaken“-Operation) sah die Errichtung von sieben neuen Lagern in der Forstwirtschaft in verschiedenen Regionen vor, da die Holzgewinnung um 58 Prozent unter der Planvorgabe von 1937 lag. Über 100 000 neue Häftlinge hätten in den Wäldern ein Sklavendasein fristen sollen; der Plan wurde später stark reduziert: Anfang 1938 waren nur 40 000 der 90 000 Insassen körperlich in der Lage, die schwere Arbeit zu verrichten. In diesem Fall mutierten die Straflager bald zu Vernichtungslagern, denn die Todesfälle an den neuen Standorten betragen durchschnittlich 3000 monatlich. Vier Lager wurden geschlossen. Die katastrophale Todesrate hing mit den völlig unzureichenden Nahrungsmittelrationen zusammen. Noch als sich 1939 die Zustände geringfügig verbessert hatten, wurde der tägliche Kalorienbedarf um 60 bis 65 Prozent unterschritten; tierisches Fett oder Gemüse waren nicht in ausreichendem Ausmaß vorhanden, viele Lebensmittel wurden unterschlagen oder unsachgemäß gelagert, so dass sie verrotteten. 1936 betragen die Todesfälle im Gulagsystem 19 109, 1937 22 933 und 1938 72 615.<sup>184</sup> Die Mortalitätsrate war 1938 ca. acht, in den Forstlagern jedoch über zehn Prozent. Tod durch Unterernährung wurde auch von der Tatsache bestimmt, dass die verschiedenen Strafinstanzen weit mehr Häftlinge zur Strafarbeit verurteilten, als die zentral geplanten Lagerverwaltungen aufzunehmen in der Lage waren. Einmal abgesehen von Lebensmitteln fehlte es buchstäblich an allem: an Kleidung, Schuhwerk, Medikamenten, Unterkünften, Bettzeug, Seife, Werkzeugen und Bewachungspersonal. Der wirtschaftliche Nutzen von Sklavenarbeit wies 1937/38 ein Minus auf, wobei Pläne für Bauprojekte meistens nicht vorhanden waren, bevor die Arbeit begann. Die Planvorgaben für die Lager wurden 1937 nur zu 70 Prozent erfüllt, da sich höchstens 50 bis 60 Prozent der Häftlinge aufgrund ihres Gesundheitszustandes für produktive Arbeit eigneten.

Dass die Erschießungsrate bei allen Verurteilten zwischen 1937 und 1938 von 44 auf 59 Prozent stieg, hängt wohl mit dem Unvermögen des NKVD zusammen, vorausplanend genug neue Plätze in Gefängnissen, Strafkolonien und Straflagern einzurichten. Ein Hinweis darauf ist, dass in der letzten landesweiten Gesamtquote für die „Antikulaken“-Operation Nr. 00447 (Politbüro-Beschluss vom 31. Jänner 1938) das Verhältnis zwischen Todes- und Lagerstrafen 83:17 betrug, während es in der ursprünglichen Order zu Beginn der Operation Anfang August 1937 28:72 ausgemacht hatte. Nimmt

man dazu den hohen Anteil an Todesurteilen bei den „nationalen Operationen“, kann man 1938 wahrlich als „Jahr der Hinrichtungen“ bezeichnen.



*Lavrentij Berija (3)*

Lavrentij Berija wurde im August 1938 Ežovs Stellvertreter als Volkskommissar für Inneres; im November übernahm er das Volkskommissariat. Neben einer Politik von sehr eingeschränkten Freilassungen und einer Säuberung innerhalb der Geheimpolizei unternahm Berija einen generellen Umbau des Lagersystems. Er initiierte neue Bauprojekte, verbesserte die Zuteilung von Lebensmitteln, setzte andererseits eine Erhöhung des Lagerbestands durch, indem er mit Stalins Unterstützung die vorzeitige Entlassung von Häftlingen unterband: er stornierte die bis dahin anerkannte Reduktion der Straffrist durch gute Arbeitsleistung. Zu den Todesopfern in den Lagern in den Jahren 1937/38 gehörte genau genommen auch die Zahl jener, die unter grauenhaften Bedingungen unterwegs in den Viehwaggons starben. Wieder fehlt es hier an genauen Statistiken, aber die Diskrepanz zwischen den Einzuliefernden (auch aus anderen Lagern) und tatsächlich Angekommenen betrug im Jahre 1938 38 000 Menschen. Verhältnismäßig wenig erforscht sind auch die in den Gefängnissen und Lagern durchgeführten Hinrichtungen, die ein Teil des Quotensystems der Operation

Nr. 00447 waren. Bereits im August 1937 begann man mit der Erschießung von Kriminellen in den Gefängnissen, im Frühjahr 1938 mit den Exekutionen von politischen Gefangenen in den Straflagern. Das „Soll“ betrug laut operativem Befehl Nr. 00447 10 000, es dürften aber mehr als 30 000 Häftlinge erschossen worden sein.<sup>185</sup>

### „Massenoperationen“ in Moskau

Wie in allen Regionen wies der Verlauf des Großen Terrors in Moskau eigene Spezifika auf, nicht zuletzt in Bezug auf die Zusammensetzung der Opfergruppen. In Moskau fällt die hohe Anzahl an Ausländern oder sozial diskriminierten Menschen und Kriminellen auf. Die Gesamtzahl an Verhaftungen zwischen Oktober 1936 und Oktober 1938 beziffern russische Historiker mit 85 000 für das Stadtgebiet und das Gebiet Moskau (Московская область). Vier Fünftel der Festnahmen nahmen die UGB-Einheiten des NKVD in den Bezirken vor, den Rest der zentrale Apparat GUGB.<sup>186</sup> In den Jahren 1937 bis 1941 fanden über 32 000 Hinrichtungen in Moskau (Stadt und Gebiet) statt. Die überwiegende Mehrheit der Erschießungen, 29 000, wurde in den zwei Jahren 1937/38 durchgeführt.<sup>187</sup> Schätzungsweise mehr als zwei Drittel dieser Todesurteile fielte der NKVD während verschiedener Massenoperationen zwischen August 1937 und Oktober 1938. 20 764 Personen wurden in diesem Zeitraum auf der 20 km südlich vom Stadtzentrum gelegenen Hinrichtungsstätte beim ehemaligen Gestüt Butovo (*Butovskij poligon* – militärisches Versuchsgelände Butovo) erschossen.<sup>188</sup> Die restlichen acht bis neun Tausend Todesopfer setzten sich großteils aus hohen Staats-, Regierungs- und Parteifunktionären sowie Offizieren der Roten Armee und der Staatssicherheit zusammen, deren Fälle das Militärkollegium des Obersten Gerichts (MKOG) oder Militärtribunale entschied.<sup>189</sup>

Alle diese Vernichtungsaktionen der Geheimpolizei verliefen parallel, wobei einige Massenoperationen gegen Ausländer erst 1938 ihren Höhepunkt erreichten. Vor Beginn der „Antikulaken“-Operation erhielt Stalin einen Bericht von Nikita Chruščëv, dem Sekretär des Moskauer Parteikomitees, über die Registrierung von insgesamt 41 305 „antisowjetischen Elementen“, darunter 33 000 Kriminellen, in der Stadt und ihrer Umgebung. Chruščëv schlug vor, 8500 aus dem Gesamtkontingent (einschließlich 6500 Kriminelle) erschießen zu lassen und rund 32 000 (einschließlich 27 000 aus dem kriminel-

len Milieu) den Gulag-Behörden zu übergeben.<sup>190</sup> Die Anzahl von insgesamt 41 305 Urteilen wurde trotz des vorauseilenden Eifers des Parteisekretärs schließlich reduziert – laut operativem Befehl Nr. 00447 auf 35 000 (5000 Todesurteile). Der Hauptstoß war anfangs klar gegen sozial „unerwünschte“



Nikita Chruščev, Wien 1961 (3)

Personen gerichtet. Solche „Elemente“ dürften schnell abgeurteilt worden sein, denn die Moskauer NKVD-Offiziere, in krassem Gegensatz zu Kollegen in der Provinz, suchten in der Folgezeit nicht um weitere Quoten an. Ende Jänner 1938 teilte das Politbüro der Moskauer Verwaltung der Geheimpolizei dennoch eine Quote von 4000 zu, ausschließlich Erschießungen. Die endgültige Zahl an Hinrichtungen im Zusammenhang mit Operation Nr. 00447 im gesamten Moskauer Gebiet dürfte bei 15 000 liegen.<sup>191</sup>

1937 erschoss der NKVD in Butovo 10 625 Häftlinge, 1938 10 139. Die Verhaftungen der schließlich Hingerichteten erreichten im August 1937 (2327) und im Februar/März 1938 (2649/2840) einen Höhepunkt. Hinsichtlich der Urteile gemäß Operation Nr. 00447 trafen sich die Mitglieder der *trojka* zu 162 Sitzungen und verhängten insgesamt 9595 Todesurteile, die höchste Anzahl im September 1937 und im Jänner 1938, d. h. am Anfang der Kampagne und unmittelbar bevor sie heruntergefahren wurde. Die gemeinsame Kommission NKVD/Staatsanwaltschaft (*dvojka*), die die Urteile der

„nationalen“ Operationen bestätigte, war nicht minder aktiv – 5441 Todesverdikte in 118 Sitzungen (1937: 41 Sitzungen mit 1452 Todesurteilen, 1938: 77 Sitzungen mit 3989 Todesurteilen). Die Todesopfer der „nationalen Kontingente“ hatte man großteils im Verlauf der „polnischen“ (1880), „deutschen“ (863) und „lettischen“ (ca. 1500) Verhaftungsaktionen verurteilt. Andere Verurteilungsinstanzen waren Militärtribunale, die Sonderberatung (*OSO*) des NKVD und das spezielle Kollegium des Moskauer Gebietsgerichts.<sup>192</sup>

Die Erschießungen in Butovo beliefen sich auf durchschnittlich 1300 im Monat, mit den Höhepunkten im September 1937 (3165) und im März 1938 (2335). Die Höchstzahl vom September war auf die rasche Verurteilung „sozialer Verbrecher“ zurückzuführen, das Ergebnis vom März 1938 ist mit dem Abschluss von Operation Nr. 00447 und der Intensivierung der „nationalen“ Vernichtung zu erklären.

Bei Sitzungen der Moskauer *trojka* (August 1937 – Oktober 1938) gab es keine Zeit, sich mit den Hunderten zu behandelnden Anklagen eingehend zu befassen. Diese basierten auf „antisowjetischen“ Äußerungen oder schlicht auf sozialer Herkunft: Vergehen, die in den Jahren zuvor meist mit Verbannung oder kürzeren Gefängnisstrafen gehandelt worden waren, jetzt aber den Tod durch Erschießen nach sich zogen. Nachstehend einige Exzerpte aus den Strafanklagen:

- „Ist ein feindliches Element“
- „Lobt das Leben unter den Zaren“
- „Agitiert gegen die Zeichnung von Staatsanleihen“
- „Agitiert gegen die Stachanov-Bewegung“<sup>193</sup>

Verurteilt und erschossen wurden zudem Leute, die man vor Beginn der Operation festgenommen hatte: 1935 (1), 1936 (18), Jänner bis Juli 1937 (420). Zu diesem Kontingent sind weitere 2000 schon einmal verurteilte Häftlinge aus dem Dmitlag zu zählen, dem Lagerkomplex zum Bau des Moskau-Wolga-Kanals (Канал Москва – Волга им. И. В. Сталина).

Am Anfang der Massenoperationen war Stanislav Redens Vorsitzender der Moskauer NKVD-Verwaltung, er stand auch der *trojka* vor. Redens war in mehrfacher Hinsicht selbst gefährdet, denn er war Pole und Ehemann von Anna Allilueva, der Schwester von Nadežda Allilueva, Stalins 1932 vermutlich durch Selbstmord umgekommener Frau. Obwohl dieses Nahverhältnis zu Stalin oder die Tatsache, dass Ežov den Polen hoch schätzte und ihn zu seinem Stellvertreter (sehr zum Missfallen Stalins) machen wollte, das Schicksal von Redens schließlich besiegelten,<sup>194</sup> dürfte die These von Robert Conquest zutreffen, dass Redens im Jänner 1938 von Moskau nach Kasachstan versetzt wurde, weil er nicht „energisch genug“ war.<sup>195</sup> In der Haft sagte Redens 1939 sinngemäß aus, man habe ihm in der Lubjanka vorgeworfen, er sei hinter den Haftzahlen aus der Provinz zurückgefallen.<sup>196</sup> Weiters beschrieb er die Sitzungen der *dvojka*:

Bis zu 500 – 600 Fälle und manchmal sogar 1000 wurden in ein paar Stunden abgehandelt. Die Entscheidungen waren endgültig. [...] Gewöhnlich erhielten 95 Prozent die Todesstrafe. Nach der Sitzung schrieb man die Protokolle und legte sie Ežov zum Unterschreiben vor. Wie ich selbst oft miterlebte, las Ežov die Protokolle nicht durch, sondern blätterte darin und fragte lachend [...] „Wie viele kleine Polen haben wir jetzt da?“<sup>197</sup>

Redens' Nachfolger als Leiter der Moskauer Geheimpolizei war ab dem 20. Jänner 1938 der bisherige Leiter der Leningrader Verwaltung, Leonid Zakovskij, eine der radikalsten und grausamsten Figuren aus dem Offizierskorps der Staatssicherheit. Bald wurde er zum Stellvertreter Ežovs ernannt, er war schon Mitglied des Obersten Sowjets, Träger des Lenin-Ordens, und hatte sich als Zeuge für die Anklage gegen Jagoda auf dem Februar/März-Plenum des ZK 1937 betätigt. Einen Namen als Propagandist der Menschenvernichtung machte sich Zakovskij als Verfasser propagandistischer Schriften über „Spione“. In einem dieser wüsten Pamphlete, einer von der KPČ in Prag herausgegebenen deutschsprachigen Übersetzung, führte er mehrere hanebüchene „Spionagefälle“ an: ein seit 1916 in Leningrad aktiv tätiger Spion oder eine gemeinsam vom polnischen und japanischen Generalstab ausgeheckte Verschwörung zur Anwerbung von Koreanern, Japanern, Polen und Kulaken, um das sowjetische Eisenbahnnetz durch Sabotageakte lahmzulegen.<sup>198</sup>

Eine der letzten von Zakovskij in Leningrad sanktionierten Vernichtungsinitiativen betraf Mitglieder und Leiter der Gesellschaft der Taubstummen, die der Spionage und des Terrorismus angeklagt und von der *trojka* abgeurteilt wurden – 33 Personen zum Tode und 19 zu zehn Jahren im Straflager. Der Hauptbeweis für ihre konterrevolutionäre Tätigkeit war ein Bild Hitlers, das als Beilage einer Zigarettenschachtel nach Russland gekommen war. Ein deutscher Nachbar hatte es einem taubstummen Jungen geschenkt.<sup>199</sup> Zakovskij führte dieses Beispiel an, als er sich in Moskau mit der Tatsache konfrontiert sah, dass bereits zu einer Gulagstrafe verurteilte Invalide und Geisteskranke weiterhin dringend benötigte Gefängnisplätze belegten, weil die Hauptverwaltung der Straflager sie als arbeitsunfähig („Ausschuss“) abgewiesen hatte. Bei Sitzungen der Moskauer *trojka* im Februar/März 1938 bewilligte Zakovskij die Hinrichtung von 163 Invaliden, einschließlich einiger, die schon in einem Gulag eingelangt waren. Auch dort wurde das Urteil vollstreckt, beispielsweise im Lager Ivdel' (Gebiet Sverdlovsk) an Jakov Trifonov, einem Bauern aus Voronež, der ohne Aufenthaltsgenehmigung in Moskau angetroffen und nur deshalb verhaftet worden war.<sup>200</sup>

Von seinen Untergebenen forderte Zakovskij mehr „Aktivität“ bei der Führung der Untersuchungen, riet zur Anwendung von Folter und initiierte, dass jede UGB-Abteilung 1000 bis 1200 Straffälle im Monat zu erledigen hatte.<sup>201</sup> Andererseits war er bald selbst unter Druck, nachdem Frinovskij am 1. Februar 1938 angeordnet hatte, die neue Quote für die „Antikulaken“-Operation Nr. 00447 (4000 Erschießungen) bis zum 15. März verfahrensmäßig abzuschließen<sup>202</sup> und „ausländische Fälle“ bis zum 15. April zu erledigen.<sup>203</sup> Involviert in die Massenverhaftungen waren alle Abteilungen (отделы)

des Moskauer UGB sowie dessen Unterabteilungen (отделения). Federführend in der „Bearbeitung“ der spionageverdächtigen Ausländer war die 3. UGB-Abteilung (Abwehr) samt ihren Untergruppen. Ausländer wurden aufgrund ihrer Geburtsorte festgenommen oder anhand von Informationen aus der Komintern, aus Berufsschulen und Betrieben. Manche Namen schrieb das NKVD-Personal von den Hausbewohnerkarteien ab, die in den Moskauer Bezirken bei Gebäudeverwaltungen oder Hausbesorgern auflagen.<sup>204</sup> Als jüngere NKVD-Mitarbeiter (Ežovs „Aufgebot“ aus dem *Komsomol*) Ivan Sorokin, dem Chef der 3. UGB-Abteilung berichteten, ihnen würden die Ausländer „ausgehen“, erhielten sie den Befehl, Leute mit fremd klingenden Namen oder Juden, die in Deutschland oder Polen gelebt hatten, in Haft zu nehmen.<sup>205</sup> „Erfolge“ nach dieser Rasenmähermethode rapportierte Sorokin nach oben, beispielsweise, dass er alle Mitglieder des lettischen Kulturklubs, einschließlich des Portiers, verhaften hatte lassen.<sup>206</sup> Die Mitgliederliste des polnischen Klubs wurde zum selben Zweck durchkämmt. Schließlich verhaftete man Streifenpolizisten lettischer und polnischer Herkunft.<sup>207</sup>

Die Massenoperationen auf der „nationalen“ Linie liefen in Moskau vergleichsweise früh aus: die letzten Hinrichtungen in Butovo fanden am 19. Oktober 1938 statt, einen Monat vor der offiziell-



Vasilij Karuckij (15)



Stanislav Redens (15)



Ivan Sorokin (15)



Leonid Zakovskij (15)



Viktor Žuravlev (15)



Aleksandr Žurbenko (15)

Hochrangige Moskauer NKVD-Offiziere (1936 - 1938)

len Beendigung des Massenmordens. Über die Gründe kann man nur spekulieren, drei Überlegungen scheinen plausibel. Erstens, wenn Stalin und seine Mitstreiter langsam einsahen, dass der Terror ein dysfunktionales Stadium erreicht hatte, rangierte Moskau an erster Stelle der Gebiete, in denen die Notbremse zu ziehen war. Zweitens waren in der Hauptstadt die zu fassenden „Feindkontingente“ vermutlich nicht mehr existent. Drittens hatten die Hauptakteure des Blutbads ihre Schuldigkeit getan und sollten nun selbst in den Abgrund blicken. Man zog Zakovskij von der Moskauer Verwaltung bereits am 20. April 1938 ab und verhaftete ihn an seiner neuen Dienststelle in Samara zehn Tage später. Sein unmittelbarer Nachfolger erschoss sich nach drei Wochen im Amt, zwei weitere Nachfolger wurden verhaftet. Eine Woche nach Zakovskijs Versetzung begann der erste Akt in der langsamen Demontage Ežovs – seine Ernennung zum Volkskommissar für Wassertransport.<sup>208</sup>

Eine nach mehreren Kriterien durchgeführte Analyse der Opferbiografien von Butovo zeigt, welche Menschengruppen während des Großen Terrors in und rund um die Hauptstadt dezimiert wurden. Angehörige von insgesamt 73 Nationen (im sowjetischen Sinn) sind in der Todesstatistik vertreten, zu etwa zwei Dritteln Russen. Bei den Ausländern rangieren die Letten mit 6,3 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Polen und Deutschen. Über 86 Prozent der Gesamtzahl waren politisch nicht organisiert. Weniger als ein Hundertstel hatten der VKP (b) und bloß 0,7 Prozent einer ausländischen kommunistischen Partei angehört. Alle Gesellschaftsschichten, mit einer Mehrheit an Arbeitern, Angestellten und Bauern, scheinen auf. Auch Klerus, religiöse Aktivisten (935) und Arbeitslose (923) sind stark überrepräsentiert. Was der NKVD als „kriminelle Klientel“ bezeichnete, machte schätzungsweise ein Viertel aller Opfer aus. Das älteste Opfer war Jahrgang 1856, das jüngste 1923.<sup>209</sup>

### **Bilanz des Großen Terrors**

Der gemeinsame Beschluss der Volkskommissare und des ZK der VKP (b) vom 17. November 1938, der die Beendigung von Massenoperationen anordnete, legte ausdrücklich fest, dass die Säuberung keineswegs abgeschlossen war. Die Resolution behauptete außerdem, dass „feindliche Elemente“ in die Staatsanwaltschaft und den NKVD eingedrungen seien, was u. a. zur Pervertierung sowjetischer Gesetze, zu massenhaften Verhaftungen ohne juristische Grundlage, zur Fabrikation von Anklagen und zur Fälschung von Beweismaterial geführt habe. Außergerichtliche Instanzen sowie Massenoperationen, so hieß es in der Resolution, seien sofort zu beenden. Künftig musste der Untersuchungsapparat des NKVD gewisse Rechtsnormen (Bestätigung von Haftbefehlen durch die Staatsanwaltschaft, die korrekte Wiedergabe von Aussagen in Verhörprotokollen, die Beschränkung der Dauer der Untersuchungshaft usw.) einhalten.<sup>210</sup> Nach Bekanntgabe der neuen Kehrtwendung lief eine neue Säuberung der höchsten Organe an. Der von Ežov geleitete Kehraus im Polizeidienst hatte 1936-1938 über 7000 Tschekisten die Freiheit, wenn nicht das Leben gekostet.<sup>211</sup> Sein Nachfolger Berija war gründlicher: 7400 „operative tschekistische Kader“ (23 %), einschließlich über 60 Prozent der Leiter aller NKVD-Verwaltungen, verloren ihren Posten.<sup>212</sup> Was den zentralen Apparat der Staatssicherheit GUGB anging, starb nur ein Einziger der 1935 amtswaltenden Abteilungsleiter eines natürlichen Todes, alle anderen wurden erschossen. Ähnlich ging es den Anfang 1938 verantwortlichen GUGB-Kommandeuren: ein Einziger überlebte, zehn wurden hingerichtet und einen, den Chef der Auslandspionage Abram Sluckij, vergifteten Kollegen im Amtszimmer von Frinovskij.<sup>213</sup> Bei den meisten Anklagen gegen ehemalige hohe Polizeioffiziere wurden selten Folter oder Grausamkeit („Verletzung der sozialistischen Rechtsnormen“) ins Treffen geführt, sondern wahnwitzige Vorwürfe der Spionage oder antisowjetischen Agitation. Das tödliche Ende des Kaderkarussells lief hinter den verschlossenen Türen des Militärkollegiums ab, viele wurden „zusätzlich“ (d. h. ohne Strafverfahren) vernichtet. Das Politbüro konfrontierte Ežov zweimal im November 1938 mit der Denunziation eines Untergebenen, er habe die „Infiltration der Organe durch ausländische Spione“ zugelassen.<sup>214</sup> Die von ihm eingereichte Demission akzeptierte man aus „gesundheitlichen Gründen“. Auf dem 19. Parteikongress im

März 1939 verlor er alle Parteiämter, einen Monat später erfolgte seine Festnahme, im Februar 1940 wurde er hingerichtet.<sup>215</sup>

Die Periode 1937/38 war die markanteste Zwischenstation eines staatlichen Repressionskontinuums, einer Art Interregnum des Grauens und der Brutalität, das eine sichtbare und eine verborgene Seite aufweist. Die jahrzehntelang im Westen bekannte Stoßrichtung des Großen Terrors traf den Partei- und Staatsapparat in einem von Stalin und seinen Mitstreitern inszenierten „gigantic coup d'état“.<sup>216</sup> Die „Strukturlosigkeit“ totalitärer Regierungen mit „einer doppelten Autorität von Staat und Partei“, wobei wiederum die Beziehungen zwischen diesen Instanzen so formlos gewesen sind, dass „niemand sich in ihnen zuverlässig auskennen kann“ (Hannah Arendt), führte dazu, dass auch der von seinen nächsten Mittätern als „Hausherr“ (хозяин) titulierte Stalin nicht wusste, was seine Untergebenen weit vom Zentrum eigentlich machten.<sup>217</sup> Ausschlaggebend für sein Misstrauen gegen leitende bolschewistische Kader war, dass viele von ihnen seine Laufbahn zu gut kannten, um ihm widerspruchslos zu Diensten zu sein. Provinzfürsten der Partei misstraute er auch aus einem aktuellen Grund: sie schufen sich eigene Machtbereiche und widersetzten sich Direktiven aus Moskau.

Das vergleichsweise unterbelichtete zweite Gesicht des Massenterrors unter Stalin/Ežov wandte sich der Gesamtbevölkerung zu, die von „fremden Elementen“ zu säubern war. Angesichts der Ende der dreißiger Jahre propagierten Homogenisierung der sowjetischen Gesellschaft unterlagen nicht integrierbare Gruppen einem denkbar einfachen Vernichtungsgrundsatz: Man verhaftete sie meistens deswegen, weil sie Fremdartiges verkörperten und nicht, weil sie einer konkreten Straftat verdächtigt wurden oder eine solche begangen hatten. Bei den Massenverhaftungen 1937/38 haben wir es mit der intensivsten Repressionswelle in Stalins Epoche zu tun, einem umfassenden Vernichtungsprogramm, das wegen der Anzahl von Hinrichtungen in der sowjetischen Geschichte einmalig ist. Und, um es noch einmal zu unterstreichen, *massoperacii* waren nicht in erster Linie gegen Parteikader, sondern gegen „traditionelle Feinde“ und vermeintliche Spione gerichtet. Die Verfolgung von mutmaßlichen Parteioppositionellen hatte überdies eine viel längere Geschichte und wurde von der Geheimpolizei im operativen Sinne anders gehandhabt. Führende Kader lokaler Gebietskörperschaften, der Landwirtschaft oder der Industrie wurden manchmal in speziell inszenierten Schauprozessen in den Provinzen abgeurteilt.<sup>218</sup>

Letztlich scheint die Bemerkung angebracht, dass die Massenrepression vermeintlicher Gegner durch das kommunistische System die Bezeichnung Menschenvernichtung verdient, auch wenn sie nicht *expressis verbis* im bolschewistischen Parteikanon festgeschrieben und je nach politischer Lage dosiert eingesetzt wurde. Inwieweit zwischen Denunziationen aus Gründen der „Wachsamkeit“, des sozialen oder des beruflichen Neides und den 1937/38 vorgenommenen Verhaftungen ein kausaler Zusammenhang besteht, ist derzeit nicht zu klären. Diese Frage wird möglicherweise noch lange offenbleiben, da solche Denunziationen, die in einem parallel zum Strafakt geführten Dossier abgelegt wurden, noch heute der Geheimhaltung unterliegen. Archivmaterial solchen Inhalts in Bezug auf Parteimitglieder ist manchmal zugänglich, aber die Schreiben an den NKVD sind oft nicht Denunziationen im herkömmlichen Sinne, sondern Beteuerungen der Loyalität gegenüber den „Organen“, gepaart mit Mitteilungen über den bereits verhafteten Kader.<sup>219</sup> Die Technologie des Terrors lässt eher den Schluss zu, dass, da die Mehrheit der Opfer nach Registratur- oder Fragebogenangaben in Haftlisten eingetragen wurde, zusätzliches Belastungsmaterial den imaginären „Straftatbestand“ nicht wesentlich beeinflusste. Dem Inhalt jener Strafakten nach zu urteilen, die im ersten Quartal 1938 vom Moskauer UGB-NKVD über österreichische Schutzbündler angelegt und vom Autor eingesehen wurden, interessierte das „Vorleben“ des Häftlings seine Peiniger kaum, auch die Kaderurteile der KPÖ nicht. Es ging ausnahmslos darum, dem Untersuchungshäftling ein Geständnis der Spionage abzupressen.<sup>220</sup> Eine russische Redensart drückt die Opferselektion treffend aus: „Gib mir den Mann, ein Paragraph wird sich finden“ (Была бы человек, параграф найдется).

Sieht man von überzeugten oder involvierten Stalinisten ab, lenkten weder soziale Prozesse von unten noch eine populäre Stimmung die an spezifischen Opferkriterien orientierten Verhaftungen der

Jahre 1937/38, zumal die Operationen der Geheimpolizei geheim abliefen und nur dann publik wurden, wenn prominente „Volksfeinde“ in Schauprozessen vor Gericht standen oder man sie schon vorher parteimäßig „hingerichtet“ hatte. Es ist auch anzunehmen, dass diejenigen, die in den öffentlichen Meetings anlässlich der großen Schauprozesse ihre Zustimmung zu den Todesurteilen demonstrierten, am Höhepunkt des Terrors von ganz anderen Gefühlen heimgesucht wurden. Lähmende Angst und Entsetzen, gepaart mit Verständnislosigkeit, dürften auch die loyalsten Anhänger des Regimes befallen haben, als die Reihe an sie selbst, ihre Familie, Freunde, tadellose Nachbarn und Arbeitskollegen kam. Eingedenk des fünfzigprozentigen Anteils von Todesurteilen in allen abgeschlossenen Untersuchungsfällen zielten die Massenoperationen 1937/38 in erster Linie auf die Vernichtung von Menschen ab und nicht auf deren Bestrafung, wie es bei den Ausweisungen und Deportationen in den Jahren zuvor der Fall gewesen war. Sogar im herrschaftssichernden Sinne erwiesen sich die Massenmorde letztendlich als kontraproduktiv. Es fehlte überall im Land an kompetenten Kadern, weil beispielsweise in Moskau bereits Anfang 1938 ein Sechstel des Personals der Akademie der Wissenschaften und jeweils dreißig bis vierzig medizinische Experten in Odessa und Kiev innerhalb weniger Tage im Herbst 1937 in Haft genommen worden waren.<sup>221</sup> Die Qualität der „Ersatzkader“ im Partei- und Militärapparat wurde von einzelnen Mitgliedern des Politbüros in der Endphase des Massenterrors kritisiert.<sup>222</sup> Das war eines der zahlreichen Zeichen dafür, dass die Partei dabei war, die Hegemonie über ihr „Schild und Schwert“ wiederzuerlangen.

# Anmerkungen

## Einleitung

- 1 Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945*, Wien 1997 (= *Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*, 64); *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion 1934-1945. Eine Dokumentation. Einleitung, Auswahl und Bearbeitung: Barry McLoughlin/Hans Schafranek*. Wien 1999.
- 2 Vgl. Jonny Moser, *Nisko. Die ersten Judendeportationen*, Wien 2012.
- 3 BKA, Abt. 7, Zahl 28 805/HK; ebenso BKA, Abt. 7, Zahl 26 267/HK vom 13. April 1926.
- 4 Es handelt sich dabei um ein Typoskript mit biografischen Eintragungen, das wahrscheinlich auf einer Kartei basierte, die vor 1938 von der österreichischen Staatspolizei angelegt und von der Gestapo weitergeführt wurde.
- 5 Julia Köstenberger, *Der deutsche Sektor an der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens“ in Moskau (1921-1936). Österreicher/Innen an einer sowjetischen Kadernschule, Diplomarbeit der Universität Wien, 1999; dies., Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926-1938) unter besonderer Berücksichtigung des deutschen und österreichischen Sektors, Dissertation der Universität Wien, 2010.*

## Geschichtlicher Überblick

- 1 Für eine neue Studie zu den ersten Monaten der Bolschewikenherrschaft in St. Petersburg siehe Alexander Rabinowitch, *Die Sowjetmacht. Das erste Jahr*, Essen 2010, insbesondere S. 143-174.
- 2 Ebenda, S. 419-422; George Leggett, *The Cheka. Lenin's Political Police*, Oxford 1981.
- 3 Alec Nove, *An Economic History of the USSR*, Harmondsworth 1978, S. 83-115.
- 4 Dmitri Volkogonov, *Stalin. Triumph and Tragedy*, London 1991, S. 67-84.
- 5 Zu den Anfängen des Stalinskults siehe: Reinhard Löhmann, *Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkultes in der Sowjetunion (1929-1935)*, Münster 1990; Michal Reimann, *Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der „zweiten“ Revolution*, Hamburg 1979.
- 6 Siehe ausführlich dazu: Volkogonov, *Stalin*, S. 38-49.
- 7 Vgl. Robert Tucker, *Stalin in Power. The Revolution from Above*, New York - London 1990.
- 8 Für eine ausführliche Darstellung der Folgen der Kollektivierung der Landwirtschaft siehe: Nicolas Werth, Kapitel 7 und 8, in: Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), *The Black Book of Communism. Crimes, Terror, Repression*, Cambridge (Mass.)/London 1999.
- 9 Mehrere Schauprozesse sind ausführlich dargestellt in: *Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung* (Hrsg.),

*Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer*, Berlin 1990.

- 10 Nove, *Economic History*, S. 204-208. Zum Lebensstandard der russischen Arbeiter siehe auch: Solomon M. Schwarz, *Labor in the Soviet Union*, New York 1952, S. 130-199.
- 11 *In Stalins berühmter Rede am 4. Februar 1931 vor Wirtschaftsfunktionären*. Siehe J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, S. 391-424.
- 12 Lewis H. Siegelbaum, *Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1935-1941*, Cambridge 1988.
- 13 Siehe seine Rede vom 4. Mai 1935 in: J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, S. 590-596.
- 14 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, 4. Auflage, München - Zürich, 1975, S. 647-676.
- 15 Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA), *Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt/Wanderungsamt (BKA/WA)*, Karton 2236/451.
- 16 Michael John, *Arbeitslosigkeit und Auswanderung in Österreich*, in: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hrsg.), *Auswanderung aus Österreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Wien 1996, S. 9.
- 17 Für eine detaillierte Studie der wirtschaftlichen Emigration aus Österreich in die Sowjetunion siehe den Beitrag von Walter Szevera in: McLoughlin/Schafranek/Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation*, S. 71-158.
- 18 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/451.
- 19 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/81, Zl. 77 752/34.
- 20 McLoughlin/Schafranek/Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation*, S. 49-69.
- 21 GARF, f. 5451, o. 13 a, d. 137, l. 29-31.
- 22 Nove, *Economic History*, S. 115.
- 23 Siehe die Diskussion darüber in: Oleg Dehl u. a., *Verrätene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren*, Berlin 2000, S. 20 ff.
- 24 GARF, f. 5451, o. 39, d. 59, l. 39 ff.
- 25 GARF, f. 5451, o. 19, d. 585, l. 284.
- 26 *Die deutsche Volkswirtschaft*, Nr. 30, 1940, S. 958 f.
- 27 McLoughlin/Schafranek/Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation*, S. 73.
- 28 Ebenda; ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/451, *Übersicht Auswanderung I. Viertel 1938*.
- 29 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/81, Zl. 77 752/34.
- 30 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/450, *Auswanderungsstatistik 1932*.
- 31 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/38, Zl. 69 363/32.
- 32 Ilse Korotin/Karin Nusko (Hrsg.), „... genug Geschichte erlebt.“ *Hilde Koplenig (1904-2002)*, Wien 2008, S. 128.
- 33 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/90, Zl. 73 836/30.
- 34 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/11, Zl. 93 886/30.
- 35 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/30, Zl. 61 047/32.
- 36 Oleg Del', *Ot illjuzij k tragedii. Nemeckie emigranty v SSSR v 30-e gody*, Moskau 1997, S. 29 f.
- 37 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/63, Zl. 70 777/33, *Protokoll vom 17.03.1933*.
- 38 Für Beispiele aus der Sicht österreichischer und deutscher

- Facharbeiter siehe: DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion, Abschnitt 1.2; Sergej Shurawljuw, Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre*, Berlin 2003.
- 39 Aleksandr Vatlin, *Kaderpolitik und Säuberungen in der Komintern*, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953*, Paderborn [etc.] 1998, S. 33-119, hier S. 52.
- 40 Sergei Zhuravlev, *Terror against Foreign Workers in the Moscow Elektrozavod Plant 1937-8*, in: Barry McLoughlin/Kevin McDermott, *Stalin's Terror. High Politics and Mass Repression in the Soviet Union*, Houndmills 2003, S. 225-240; McLoughlin/Schafjanek/Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation*, S. 93-101.
- 41 Siehe die entsprechenden Formulare in: ÖSTA, AdR, BKA/WA, Kartons 2236/64, 65, 88, 91, 115, 116 und 375.
- 42 Siehe vor allem: ÖSTA, AdR, BKA/Inneres, 22/gen., Kartons 4882 bis 5024; 20/1, Kartons 4728, 4729, 4737.
- 43 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/33, Zl. 69 636/33 (Beilage: *Die Rote Fahne*, 24. Mai 1933, S. 10).
- 44 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/81, Zl. 77 752/34.
- 45 ÖSTA, AdR, BKA/WA, Karton 2236/107, Zl. 72 203/35.
- 46 ÖSTA, AdR, BKA/Inneres, 22/gen., Karton 5008.
- 47 RGASPI, f. 495, d. 80, l. 558.
- 48 Dehl u. a., *Verratene Ideale*, S. 25.
- 49 GARF, f. 8265, o. 3, d. 33, l. 55, 57.
- 50 S. V. Zuravlev/V. S. Tjažel'nikova, *Inostrannaja kolonija v sovetskoj Rossii v 1920-1930-e gody*, in: *Otečestvennaja Istorija*, 1, 1994, S. 179-189, hier S. 181.
- 51 Hans Schafjanek (unter Mitarbeit von Natalja Mussijenko), *Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil*, Wien 1998. Vgl. dazu: DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion*, S. 418-553.
- 52 Zu den verschiedenen Schutzbund-Transporten siehe: McLoughlin/Schafjanek/Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation*, S. 167-171.
- 53 G. M. Adibekov u. a. (Hrsg.), *Politbjuro CK RKP (b)-VKP (b) i Komintern. 1919-1943 gg. Dokumenty*, Moskau 2004, S. 699.
- 54 Ebenda, S. 700f.
- 55 Ebenda, S. 703f.
- 56 Ebenda, S. 706.
- 57 Ebenda, S. 707.
- 58 Ebenda, S. 723.
- 59 RGVA, 500/1/1050 a: 196-202, hier 201f.
- 60 Zur Geschichte der EKKI-Kaderabteilung siehe: Vatlin, *Kaderpolitik und Säuberungen*, S. 60 ff.; Peter Huber, *Kontroll- und Repressionsmechanismen in der Zentrale der Kommunistischen Internationale*, in: *IWK [= Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung]*, Heft 1, 1994, S. 1-28.
- 61 Leonid Babicenکو, *Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase*, in: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism*, Vol. 2, 1994/1995, Nr. 5-6, S. 35.
- 62 RGASPI, f. 17, o. 162, d. 19, l. 79, 99f.
- 63 Der Brief ist abgedruckt in: Vatlin, *Kaderpolitik und Säuberungen*, S. 99ff.
- 64 Fridrikh I. Firsov, *Die „Säuberungen“ im Apparat der Komintern*, in: Hermann Weber und Dietrich Staritz (Hrsg.), *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 37-51.
- 65 Babicenکو, *Die Moskvin-Kommission*, S. 37.
- 66 DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion*, S. 139, S. 166-171.
- 67 Hannes Leidinger/Verena Moritz, *Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917-1920*, Wien-Köln-Weimar 2003, S. 161.
- 68 Ebenda, S. 159.
- 69 Ebenda, S. 163.
- 70 Ebenda, S. 162.
- 71 Hannes Leidinger/Verena Moritz, *Österreich-Ungarn und die Heimkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahr 1918*, in: *Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie*, 41. Jahrgang, Heft 6 (1997), S. 390.
- 72 Leidinger/Moritz, *Gefangenschaft*, S. 141, S. 266, S. 438 ff.
- 73 ÖSTA, BKA/AA, 15 RS, PS G2 117.430/30.
- 74 ÖSTA, BKA/Inneres, 20/1 c, 22/gen.
- 75 ÖSTA, BKA/WA, Karton 2236/34, Zl. 71 160/WA/34.
- 76 ÖSTA, BKA/WA, Karton 2236/67, Zl. 74 203/33.
- 77 Wenn nicht anders angegeben, folgt die Darstellung in diesem Abschnitt den kommentierten Dokumenten in: J. Arch Getty/Oleg V. Naumov, *The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932-1939*, New Haven – London 1999.
- 78 Ebenda, S. 588 (Verhaftungs- und Verurteilungszahlen der Geheimpolizei 1921-1939). Für eine umfassendere Auflistung siehe A. N. Artizov u. a. (Hrsg.), *Reabilitacija: kak eto bylo. Dokumenty prezidiuma CK KPSS i drugie materialy. Tom 2. Mart 1953 – fevral' 1956*, Moskau 2000, S. 76f.
- 79 J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, S. 604 (Rede vor Stachanowisten).
- 80 Ebenda, S. 553.
- 81 Ebenda, S. 624. Auf dem 18. Parteitag im März 1939 fügte Stalin eine dritte „befreundete“ Klasse hinzu – jene der Intelligenz (ebenda, S. 708).
- 82 Ebenda, S. 643.
- 83 Ebenda, S. 478. Während seiner letzten Rede vor einem ZK-Plenum bekannte Jagoda auf der Februar/März-Tagung 1937 ein, dass er aus Stalins Ausführungen vom Jänner 1933 nicht die richtigen Schlüsse gezogen habe (*Voprosy istorii*, 12, 1994, S. 3f.).
- 84 J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, S. 592.
- 85 A. I. Kokurin/N. V. Petrov (Hrsg.), *Lubjanka. VČK-OGPU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB, 1917-1960. Spravočnik*, Moskau 1997, S. 104ff., S. 125f.
- 86 Dabei griff man auf eine gleichnamige Institution mit ähnlichen „straf-administrativen“ Befugnissen aus der Zarenzeit zurück. Siehe Robert C. Tucker, *Stalin in Power. The Revolution from Above. 1928-1941*, New York – London 1990, S. 274.
- 87 Für eine Untersuchung aus den Nachlässen der VKP (b)-

- Führung siehe: Jurij Žukov, *Der Mord an Kirov. Aus den Ermittlungsakten*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 3. Jahrgang (1999), Heft 2, S. 119-151.
- 88 Tucker, *Stalin in Power*, S. 296-302.
- 89 Žukov, *Der Mord an Kirov*, S. 142-146.
- 90 Für Details siehe: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), *Schauprozesse unter Stalin, 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer*, Berlin 1990, S. 120-135.
- 91 Vgl. Marc Jansen/Nikita Petrov, *Stalin's Loyal Executioner. People's Commissar Nikolai Ezhov 1895-1940*, Stanford 2002.
- 92 Siehe ausführlich dazu: J. Arch Getty, *Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933-1938*, Cambridge 1987.
- 93 Tucker, *Stalin in Power*, S. 276-282.
- 94 Getty/Naumov, *The Road to Terror*, S. 276.
- 95 David Shearer, *Social Disorder, Mass Repression and the NKVD during the 1930s*, in: McLoughlin/McDermott, *Stalin's Terror*, S. 85-117.
- 96 Wendy Z. Goldman, *Women, the State and Revolution. Soviet Family Policy and Social Life 1917-1936*, Cambridge 1993, S. 322 ff.
- 97 Ich beziehe mich auf die noch gültigen Zahlen aus dem Jahr 1953 (GARF, f. 9401, o. 1, d. 4157, l. 201-205), die laut Bericht der Untersuchungskommission des ZK der KPdSU (Vorsitz: Nikolaj M. Švernik) aus dem Jahr 1963 „unvollständig“ sind (Vestnik Archiva Prezidenta RF 1, 1995, S. 120). Für eine Diskussion über die Verlässlichkeit sowjetischer Repressionsstatistiken siehe Getty/Naumov, *The Road to Terror*, S. 587-594; V. P. Popov, *State Terror in Soviet Russia, 1923-1953 (Sources and Their Interpretation)*, *Russian Social Science Review*, 5 (35), September-October 1994, S. 48-70; J. Arch Getty/Gabor T. Rittersporn/Viktor N. Zemskov, *Victims of the Soviet Penal System in the Pre-war Years. A First Approach on the Basis of Archival Evidence*, *The American Historical Review*, 4 (98), 1993, S. 1017-1049.
- 98 Krasnaja zvezda, 8. April 1989, zit. in: Robert Conquest, *The Great Terror. A Reassessment*, London 1990, S. 283.
- 99 O. V. Chlebnjuk u. a. (Hrsg.), *Stalinskoe politburo v 30-e gody. Sbornik dokumentov*, Moskau 1995, S. 58.
- 100 Oleg W. Chlebnjuk, *Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg 1998, S. 250, S. 256.
- 101 Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva, Moskau 1991, S. 391.
- 102 Terry Martin, *The Origins of Soviet Ethnic Cleansing*, in: *Journal of Modern History*, 4 (70) 1998, S. 830-832 (S. 813-861); L. P. Koševa/G. A. Bordjugov (Hrsg.), *Emigracionnoe dvizenie sovetkich nemcev v konce 20-ch godov*, in: *Svobodnaja mysl*, 12, 1993, S. 93-104.
- 103 V. Chaustov, *Repressii protiv sovetkich nemcev do načala massovoj operacii 1937 g.*, in: Irina Ščerbakova (Hrsg.), *Nakazannyj narod. Repressii protiv rossijskich nemcev*, Moskau 1999, S. 76-77, S. 82 f.
- 104 Ebenda, S. 63-66. Für eine deutsche Übersetzung des Befehls siehe Nikita Ochotin/Arseni Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“ des NKWD 1937-1938*, in: Hermann Weber u. a., *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2000/2001*, S. 122-125.
- 105 Markku Kangaspuro, *Nationalities Policies and Power in Soviet Karelia in the 1920s and 1930s*, in: Tauno Saarela/Kimmo Rentola (Hrsg.), *Communism. National and International*, Helsinki 1998, S. 129 ff.
- 106 Geoffrey Roberts, *The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German Relations and the Road to War*, London 1993, S. 21-48; Sergej Slutsch, *Stalin und Hitler 1933-1941. Kalküle und Fehl kalkulationen des Kreml*, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung*, München 2006 (= *Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer*), S. 59-88.
- 107 Roberts, *The Soviet Union*, S. 16 ff.
- 108 Roberta T. Manning, *The Soviet Economic Crisis of 1936-1940 and the Great Purges*, in: J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives*, Cambridge 1993, S. 116-129, S. 137-141.
- 109 J. Arch Getty, *State and Society under Stalin. Constitution and Elections in the 1930s*, in: *Slavic Review*, 1 (50) 1991, S. 18-35.
- 110 *Voprosy istorii*, 6, 1993, S. 6, S. 25 ff.
- 111 *Voprosy istorii*, 5, 1993, S. 4 f.
- 112 Ebenda, S. 14 f.
- 113 V. B. Žiromskaja/I. N. Kiselev/Ju. A. Poljakov, *Polveka pod grifom „sekretno“: Vsesojuznaja perepis' naselenija 1937 goda*, Moskau 1996, S. 98, S. 100.
- 114 Für die Moskauer Region siehe Lidija Golovkova, *Sujaščennosluzhiteli i mirjane, za veru i cerkov' v Butovo postradaušie*, in: È. A. Bakirov (Hrsg.), *Butovskij polygon. 1937-1938 gg. Kniga pamjati žertv političeskich repressij, vypusk vtoroj*, Moskau 1998, S. 16-30.
- 115 *Voprosy Istorii*, 3, 1995, S. 11 f.
- 116 Ebenda, S. 3.
- 117 Ebenda, S. 11.
- 118 Ebenda, S. 12.
- 119 Ebenda, S. 13.
- 120 *Voprosy istorii*, 3, 1995, S. 5 f.
- 121 A. N. Artizov u. a. (Hrsg.), *Reabilitacija: kak èto bylo*, tom 2, S. 318.
- 122 Peter H. Solomon Jr., *Soviet Criminal Justice under Stalin*, Cambridge 1996, S. 237.
- 123 Ju. I. Stecovskij, *Istorija sovetkich repressij*, Moskau 1997, S. 131.
- 124 Marc Junge/Rolf Binner, *Kak terror stal 'bolšim'*, Moskau 2003, S. 161-167.
- 125 Siehe ausführlich dazu: Rolf Binner/Marc Junge, *Wie der Terror „groß“ wurde: Massenmord und Lagerhaft nach Befehl Nr. 00447*, in: *Cahiers du Monde russe*, Heft 2 bis 4 (42) 2001, S. 557-613; dies., „S'ètoj publikoj ceremonii šja ne sleduet.“ *Die Zielgruppen des Befehls Nr. 00447 und der Große Terror aus der Sicht des Befehls Nr. 00447*, *Cahiers du Monde russe*, Heft 1 (43) 2002, S. 181-228.
- 126 B. B. Brjuchanov/E. N. Šoškov, *Opravednaniju ne podležit. Ežov i Ežovščina. 1936-1938*, St. Petersburg 1998, S. 76 ff.
- 127 Solomon, *Soviet Criminal Justice*, S. 238.
- 128 Michail Šrejder, *NKVD iznutri. Zapiski čekista*, Moskau 1995, S. 71, S. 76.
- 129 V. N. Ujmanov/Ju. A. Petruchin (Hrsg.), *Bol' ljudskaja*, tom 3, Tomsk 1992, S. 66.
- 130 Mark Junge/Gennadij Bordjugov/Rolf Binner, *Vertikal' bol' šogo terrora. Istorija operacii po prikazu NKVD № 00447*, Moskau 2008, S. 598.
- 131 Paul R. Gregory, *Terror by Quota. State Security from*

- Lenin to Stalin (an Archival Study)*, New Haven – London 2009, S. 188 ff.
- 132 A. Ja. Razumov (Hrsg.), *Leningradskij martirolog, tom 1*, St. Petersburg 1995, S. 47 f.
- 133 Ivan Čuchin, *Karelja-37. Ideologija i prakтика terrora, Petrozavodsk 1999*, S. 81 f.
- 134 V. M. Kirillov (Hrsg.), *Žertvy repressij. Nižnij Tagil 1920-1980-e gody*, Ekaterinburg 1999, S. 94.
- 135 Stecovskij, *Istorija sovetskich repressij, tom 1*, S. 66.
- 136 *Leningradskij martirolog, tom 1*, S. 50.
- 137 Ujmanov/Petruchin, *Bol' ljudskaja, tom 3*, S. 65.
- 138 Čuchin, *Karelja-37*, S. 58.
- 139 I. N. Kuznecov (Hrsg.), *Repressii 30-40-ch godov v Tomskom krae*, Tomsk 1991, S. 14; N. S. Abdin (Hrsg.), *Kniga pamjati žertv političeskich repressij respubliky Chakasija*, Abakan 1999, S. 13.
- 140 Siehe ausführlich dazu: Barry McLoughlin, *Mass Operations of the NKVD, 1937-8. A Survey*, in: McLoughlin/McDermott, *Stalin's Terror*, S. 118-152; Nikita Petrov/Arsenii Roginskii, *The „Polish Operation“ of the NKVD, 1937-8*, in: Ebenda, S. 153-172; Barry McLoughlin, *Die Massenoperationen des NKVD. Dynamik des Terrors 1937/38*, in: Wladislaw Hedeler (Hrsg.), *Stalinscher Terror 1934-41. Eine Forschungsbilanz*, Berlin 2002, S. 33-50; Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*, S. 89-125.
- 141 Getty/Naumov, *Road to Terror*, S. 422-425.
- 142 Oleg Khlevniuk, *The Reasons for the „Great Terror“. The Foreign-Political Aspect*, in: Silvio Pons/Andrea Romano (Hrsg.), *Russia in the Age of Wars. 1914-1945*, Milan 1998 (Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. *Annali*), S. 162.
- 143 Svetlana V. Onegina, *The Resettlement of Soviet Citizens from Manchuria in 1935-1936. A Research Note*, in: *Europe-Asia Studies*, 47, 1995, S. 1043-1050.
- 144 V. Chaustov, *Repressii protiv sovetskich nemcev do načala massovoj operacii*, in: I. L. Ščerbakova (Hrsg.), *Nakazannyj narod*, S. 75-83.
- 145 Hans Schafranek, *Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937-1941*, Frankfurt am Main 1990, S. 190 f.
- 146 W. N. Chaustov, *Repressalien gegen Deutsche in den 30er Jahren (unveröffentlichtes Manuskript)*
- 147 Zum Text des Befehls Nr. 00439 vom 25.07.1937 siehe *Leningradskij martirolog, tom 2*, S. 452 f.
- 148 Ebenda, S. 454-456, Befehl Nr. 00485 vom 11.08.1937.
- 149 *Leningradskij martirolog, tom 1*, S. 583 ff., Befehl Nr. 00593 vom 20.09.1937.
- 150 Abgedruckt in: Nikita Ochotin/Arsenij Roginskij, *„Latyšskaja operacija“ 1937-1938 godov. Archivnyj kommentarij*, in: 30 oktjabrja (*Bulletin von Memorial Moskau*), Nr. 4, 2000, S. 5.
- 151 A. N. Artizov u. a. (Hrsg.), *Reabilitacija: kak èto bylo, tom 2*, S. 614.
- 152 Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*, S. 97, S. 101.
- 153 Beispielsweise, dass die Razzien gegen Polen, Deutsche und Charbiner intensiviert werden mussten. Siehe dazu: *Operativer Befehl Nr. 00693 des NKVD vom 23. Oktober 1937*, in: Ujmanov/Petruchin, *Bol' ljudskaja, tom 4*, S. 182.
- 154 A. V. Kvašonkin u. a. (Hrsg.), *Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska. 1928-1941*, Moskau 1999, S. 393-397.
- 155 Stepanov, *Rasstrel po limitu*, S. 15, S. 79, S. 95 ff., S. 122 f.
- 156 *Leningradskij martirolog, tom 3*, S. 587.
- 157 Ein separater Befehl für die „finnische“ Operation wurde nicht erlassen. Für einen Entwurf siehe Čuchin, *Karelja-37*, S. 60 f.
- 158 Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*, S. 104.
- 159 Ujmanov/Petruchin, *Bol' ljudskaja, tom 4*, S. 182 (NKVD. *Operative Order Nr. 00693 vom 23. Oktober 1937*).
- 160 RGASPI, f. 17, o. 162, d. 22, l. 114. Der Beschluss ist abgedruckt in *Moskovskie novosti*, 25 (1992), S. 19.
- 161 RGASPI, f. 17, o. 162, d. 23, l. 132.
- 162 RGASPI, f. 17, o. 162, d. 164; Beschluss des Politbüros vom 15. September 1938.
- 163 Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*, S. 117.
- 164 Ebenda, S. 119.
- 165 A. N. Artizov u. a. (Hrsg.), *Reabilitacija: kak èto bylo, tom 2*, S. 616.
- 166 Petrov/Roginskii, *The „Polish Operation“*, S. 167-171.
- 167 Wenn nicht anders angegeben basiert dieser Abschnitt auf: Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*.
- 168 RGASPI, f. 17, o. 162, d. 19, l. 24.
- 169 Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*, S. 103 f.
- 170 Siehe ausführlich dazu: Reinhard Müller, *Herbert Wehner – Moskau 1937*, Hamburg 2004, insbesondere S. 362-367.
- 171 Auf Deutsch erschienen in: Reinhard Müller, *„Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934-1938)*, in: Weber/Mählert (Hrsg.), *Terror*, S. 121-166.
- 172 Ochotin/Roginski, *Zur Geschichte der „deutschen Operation“*, S. 89.
- 173 A. N. Artizov u. a. (Hrsg.), *Reabilitacija: kak èto bylo, tom 1*, S. 336 f.
- 174 *Wir danken V. N. Chaustov (Akademie des FSB) für diese Zahlen aus seiner Ph.D.-Dissertation – BMCL.*
- 175 I. P. Popsaenko (NKVD-Vorsitzender des Gebiets Kujbyšev) an Karabicin (UGB-Leiter Ul'janovsk), 4. August 1937, abgedruckt in: Jurij Zolotov, *Kniga pamjati žertv političeskich repressij. Ul'janovskaja oblast', Ul'janovsk 1996*, S. 797 f.
- 176 A. F. Stepanov, *Rasstrel po limitu. Iz istorii političeskich repressij v TASSR v gody 'èžovščiny'*, Kazan' 1999, S. 30 (NKVD-Direktive Nr. 424 vom 8. August 1937).
- 177 Siehe den diesbezüglichen Rapport an seinen Vorgesetzten Zakovskij vom 10. November 1937 (fotografische Reproduktion) in: Arsen Zinčenko (Hrsg.), *Östannja adresa. Do 60-ričičja soloveckoji trahediji, tom 1*, Kiev 1997, S. 32. Auf derselben Seite ist der Befehl L. N. Zakovskijs an Matveev vom 16. Oktober 1937 abgedruckt, in dem es hieß: „Sie haben die Urteile laut den an Sie persönlich ergangenen Weisungen zu vollstrecken“. Ich möchte an dieser Stelle Jurij Sapoval (Kiev) danken, der an den drei Bänden über die Hinrichtung der Häftlinge der Soloveckie ostrova mitarbeitete und mir diese wichtigen Bücher schenkte – BMCL.
- 178 Stepanov, *Rasstrel po limitu*, S. 212. Aleksandr Polikarpov beging 1939 Selbstmord. Siehe seine biografischen

- Daten in: *Leningradskij martirolog*, tom 1, S. 680.
- 179 Lidija Golovkova, *Specob'ekti Butovskij poligon. Istori-ja, dokumenty, vospominanija*, in: Ė. A. Bakirov/V. P. Šancev (Hrsg.), *Kniga pamjati žertv političeskich represij. Butovskij Poligon 1937-1938, vypusk pervyj*, Moskau 1997, S. 11-30, insbesondere S. 25.
- 180 *Mir novostej* (Moskau), 173 (15), 14.04.1997, S. 10 f.
- 181 V. V. Pavlov (Hrsg.), *Spisok rastreljannyh v g. Boroviči po rešenijam Osoboj Trojki (avgust 1937 g. – mart 1938 g.)*, Boroviči 1994, S. 3.
- 182 Aleksej Stepanov, *Rasstrel po limitu, Volja* (Moskau), Nr. 6-7, 1997, S. 113.
- 183 Dieser Abschnitt über das Gulagsystem stützt sich auf folgenden Dokumentenband: Oleg V. Khlevniuk, *The History of the Gulag. From Collectivization to the Great Terror*, New Haven - London 2004, S. 166-213.
- 184 A. Kokurin/Ju. Morukov, *Gulag: struktura i kadry*, in: *Svobodnaja mysl'*, 10, 2000, S. 114.
- 185 Binner/Junge, *Wie der Terror „groß“ wurde*, S. 586-591, S. 606.
- 186 „30 oktjabrja“ (*Bulletin von Memorial*), Nr. 0/1996, S. 2.
- 187 L. S. Eremina/A. B. Roginskij (Hrsg.), *Rasstrel'nye spiski. Moskva, 1937-1941. „Kommunarka“, Butovo. Kniga pamjati žertv političeskich represij*, Moskau 2000, S. 485.
- 188 Siehe dazu: *Die Presse* (Wien), 17. Jänner 2009, S. 36.
- 189 *Die Opfer dürften auf einer ehemaligen Staatsfarm bei Kommunarka im Moskauer Gebiet verscharrt worden sein. Die Anlage ist noch heute umzäunt und – im Gegensatz zu Butovo – der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Siehe ausführlich dazu: Eremina/Roginskij (Hrsg.), Rasstrel'nye spiski*, S. 485-501.
- 190 *Trud* (Moskau), 4. Juni 1992, S. 1.
- 191 Binner/Junge, *Wie der Terror „groß“ wurde*, S. 602.
- 192 Wenn nicht anders angegeben, sind die Statistiken über die Opfer von Butovo folgender Quelle entnommen: L. A. Golovkova (Hrsg.), *Butovskij poligon 1937-1938. Kniga pamjati žertv političeskich represij, vypusk sed'moj*, Moskau 2003, insbesondere S. 302-311.
- 193 Entnommen den sieben Bänden von: *Butovskij poligon 1937-1938. Kniga pamjati žertv političeskich represij*, Moskau 1997-2003.
- 194 Simon Sebag Montefiore, *Stalin. The Court of the Red Tsar*, London 2003, S. 194, S. 237 f., S. 255 f., S. 289, S. 582.
- 195 Robert Conquest, *Inside Stalin's Secret Police. NKVD Politics 1936-1939*, London 1985, S. 56.
- 196 S. I. Bilokin', *Masovij teror jak zasib deržavnogo uravlinnja v SRSR (1917-1941 rr.)*, Kiev 1999, S. 292 f.
- 197 Aleksandr Vatlin, *Die Erfindung des „Bundes polnischer Patrioten“ (1937-1938). Aus den Archiven des NKVD*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 1. Jahrgang, Heft 2, S. 122.
- 198 L. Sakovskij, *Spione und Verschwörer*, Prag 1937, S. 9 f., S. 16-19. Herausgeber der deutschen Übersetzung war Karel Kreibich, vormalig Vertreter der KPC beim ĖKKI.
- 199 *Leningradskij martirolog*, tom 4, S. 675-681.
- 200 Irina Osipova, *Pjat' del, in: Semën Vilenskij (Hrsg.), Sproтивlenie v GULAGe*, Moskau 1992, S. 114-127.
- 201 Ebenda, S. 120 f.
- 202 Ebenda, S. 124.
- 203 GARF, f. 10035, o. 2, Strafakt Nr. 24 722 von Walter Bitter, *Information vom 30.04.1955*.
- 204 Ė. A. Bakirov/V. P. Šancev (Hrsg.), *Butovskij poligon, vypusk tretij*, Moskau 1999, S. 348-355
- 205 *Volja* (Moskau), 2-3, 1994, S. 75 ff.
- 206 Ebenda, S. 76.
- 207 GARF, f. 10035, o. 2, Strafakt Nr. 24722 von Walter Bitter, *Information vom 30.04.1955*.
- 208 Siehe die Biografien von Nikolaj Ežov, Leonid Zakovskij, Vasilij Karuckij, Vladimir Cesarskij und Aleksandr Žurbenko in: N. V. Petrov/K. V. Skorkin (Hrsg.), *Kto rukovodil NKVD 1934-1941. Spravočnik*, Moskau 1999.
- 209 L. A. Golovkova, *Butovskij poligon, vypusk sed'moj*, S. 302-306.
- 210 DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion*, S. 294-299 [Übersetzung des russischen Originaldokuments aus *Istoričeskij archiv*, 1, 1992, S. 125-128].
- 211 *Vestnik* (Moskau), 1, 1995, S. 120.
- 212 Kokurin/Petrov, *Svobodnaja mysl'*, 7, 1997, S. 110 f.
- 213 Kokurin/Petrov, *Svobodnaja mysl'*, 6, 1997, S. 112-116.
- 214 Chlewnjuk, *Das Politbüro*, S. 302 f.
- 215 V. Naumov/A. Krajuskin, *Poslednee slovo Ežova*, in: *Moskovskie novosti*, 5, 1994.
- 216 Martin Malia, *The Soviet Tragedy. A History of Socialism in Russia, 1917-1991*, New York 1996, S. 244.
- 217 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Ausgabe Serie Piper. München*, 4. Aufl., 1986, S. 618 f.
- 218 Siehe die reproduzierten Zeitungsberichte in *Leningradskij martirolog*, tom 1, S. 192 f.
- 219 Beispielsweise der Schriftverkehr aus der Zentrale der Internationalen Roten Hilfe (MOPR), der im Moskauer Staatsarchiv GARF zugänglich ist, besonders die Mappen 8265/4: 57 f.
- 220 Barry McLoughlin, *Todespolygon. Die Österreicher im Butovoer Massengrab*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Jahrbuch 1995*, S. 138-152.
- 221 A. K. Sokolov (Hrsg.), *Obščestvo i vlast'. 1930-e gody. Povestvovanie v dokumentach*, Moskau 1998, S. 181 f.
- 222 Boris A. Starkov, *Narkom Ežov*, in: Getty/Manning, *Stalinist Terror*, S. 37 f.

## Gruppenschicksale

- 1 Gregory, *Terror by Quota*, S. 22.
- 2 A. N. Artizov u. a. (Hrsg.), *Reabilitacija: kak eto bylo*, tom 1, S. 77.
- 3 Details zum Artikel 58 siehe: DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion*, S. 272 f.
- 4 V. N. Chaustov, V. P. Naumov, N. S. Plotnikova (Hrsg.), *Lubjanka. Stalin i glavnoe upravlenie gosbezopasnosti. NKVD 1937-1938*, Moskau 2004, S. 208 f.
- 5 Chlewnjuk, *Das Politbüro*, S. 259.
- 6 Ebenda, S. 294.
- 7 Jansen/Petrov, *Stalin's Loyal Executioner*, S. 84 f.
- 8 F. Beck/W. Godin, *Russian Purge and the Extraction of Confession*, London 1952, S. 192-200.
- 9 Siehe ausführlich dazu: DÖW (Hrsg.), *Österreicher im Exil. Sowjetunion*, S. 391-405 (Fall Ing. Josef Brüll).
- 10 Aleksander Vatlin, *Tatort Kunzewo. Opfer und Täter des Stalinschen Terrors 1937/38*, Berlin 2003, S. 76-97.